Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwaltung: Prag II, Nekazanka 18 ◆ Teleph.: 26795, 31469, Nachtredakt. (ab 21 Uhr): 33855 ◆ Postscheckamt: 37544

12 Jahrgang. | Freitag, 15. April 1932 | Nr. 90.

Genosse Jaksch in der Streikdebatte:

Wir stehen an der Seite der Bergarbeiter!

Gegen die kapitalistischen Versündigungen am Grubenproletariat. Gegen kommunistisch-hakenkreuzlerisches Hazardspiel.

Prag, 14. April. Die heutige Parlamentssitzung brachte eine Erklärung des Innenministers über die blutigen Zusammenstöße von Brüx und Komotau. Man kennt leider aus zahlreichen vorausgegangenen Anlässen ähnlich trauriger Art das Milieu, in dem derartige Erklärungen vor sich gehen. Kommunistenkrawalle, die sich heute in ziemlich gemäßigter Form abspielten, da kaum ein Viertel der ganzen Fraktion anwesend war, ein ungewöhnlich starker Stimmaufwand des Ministers, um sich unbedingt Gehör zu verschaffen, ein Stimmaufwand, der im umgekehrten Verhältnis zur Ueberzeugungskraft der für die Notwendigkeit des behördlichen Einschreitens vorgebrachten Gründe steht.

Auch heute ging Slavik über die grundlegende Frage, ob denn das Demonstrationsverbot wirklich unumgänglich notwendig war, um noch Aergeres zu verhüten, mit einem Satz hinweg, trotzdem doch gerade der ruhige Verlauf der gestatteten Versammlung in Dux eher das Gegenteil dartut, und von der Anwendung der früher angekündigten letzten Warnungssignale vor dem Waffengebrauch war in der ganzen Erklärung auch nicht die Rede.

In der Debatte gab dann Genosse Jaksch in einer inhaltlich wie rhetorisch gleich ausgezeichneten Rede zunächst der Trauer über die Opfer des gestrigen Tages Ausdruck, legte dann ausführlich dar, wie die Dauerkrise und die Arbeitslosigkeit im nordwestböhmischen Revier den Grund zu der Verzweiflungsstimmung gelegt haben, die sich der dortigen Arbeiterschaft bemächtigt hat, und hob die Schuld des kapitalistischen Systems an diesen Krisenerscheinungen überzeugend hervor, rechnete dann aber auch mit größter Entschiedenheit und Schärfe mit der maßlosen Demagogie der Kommunisten und Hakenkreuzler ab, die das Elend der Bergarbeiter für ihre Parteizwecke ausschroten wollen.

Die kommunistischen Zwischenrufer, vor allem Herr Gottwald, verstummten bald unter der Wucht der gegen sie erhobenen Anklage, zumal Genosse Jaksch auch bei den aufmerksam zuhörenden deutschen und tschechischen Genossen in der Abfuhr der kommunistischen Schreier wirksame Unterstützung fand.

Starker Beifall belohnte die Versicherung des Redners, daß die Sozialdemokratie nach wie vor im Geiste Seligers der Arbeiterschaft im Existenzkampf wie in der Abwehr faseistisch-bolschewistischen Abenteurertums unentwegt treu zur Seite stehen werde.

* *

Genosse Jaksch führte u. a. aus:

Die ganze Arbeiteröffentlichkeit dieses Landes steht im Banne der sozialen Tragödie, die sich im Kohlenrevier Nordwestböhmens abspielt. Unser erstes Wort von dieser Tribüne gilt den Opfern der gestrigen Zusammenstöße im Brüxer Revier. Mit wildem Schmerz haben wir die Kunde von diesem neuen Blutvergießen vernommen. Mögen wir die Situation, aus der sich diese traurigen Vorgänge ergeben, wie immer beurteilen, unsere Sympathie, aber auch unsere Trauer ist auf der Seite der gefallenen Opfer. Ihren Angehörigen gilt unser tiefstes Beileid.

Flammenzeichen der Massennot.

Die traurigen Vorgänge im Kohlenrevier Nordwestböhmens fallen, wenn wir sie aus einer höheren Perspektive betrachten, auf das Schuldkonto des kapitalistischen Systems. Sie sind ein Flammenzeichen der unerhörten Krisennot, welche unsere industriellen Randgebiete heimgesucht hat.

Abg. Gottwald (Kommunist) ruft: „Ihr seid Streikbrecher"!

Genosse Jaksch (fortfahrend): Wenn Sie von Streikbrechern reden, Herr Gottwald, so beschimpfen Sie damit die kommunistischen Bergarbeiter von Kladno und Ostrau, die nicht mitstreiken wollen.

Der Ernst der Lage, in der wir uns heute volkswirtschaftlich und sozial befinden, manifestiert sich in dem Gebiet zwischen Aussig und Kremsier am klarsten. Bis zur Deflationskrise war das nordwestböhmische Kohlen- und Industriegebiet eine blühende Wirtschaftsprovinz. Seither datiert der Verfall der Glasindustrie, das Einschrumpfen des Kohlenbergbaues. Man muß, um die Dinge zu verstehen, wissen, daß die Bergarbeiter, die da in Bewegung sind, seit 10 Jahren unter der Geißel der Kurzarbeit leiden und immer das Damoklesschwert der Entlassung über sich schweben haben. Die arbeitenden Menschen Nordwestböhmens sind Opfer nicht nur dieser Krise, sie sind Opfer einer Dauerkrise, die ihnen durch mehr als ein Jahrzehnt unerhörte Leiden aufgebürdet hat.

Die Vorgänge im Streikgebiet müssen aber auch beurteilt werden im Zusammenhang mit der dort herrschenden Massenarbeitslosigkeit.

Es muß festgestellt werden, daß die Hauptrolle beim Streik und bei den anschließenden Kundgebungen zum großen Teil verzweifelte Menschen spielen, die der Kapitalismus schon seit Jahren zum Streiken zwingt. Daß es sich bei manchen Vorgängen der letzten Zeit dort um einen Verzweiflungsausbruch der Arbeitslosen handelt, beweisen die Ziffern der Arbeitslosenstatistik. Zwischen Komotau und Aussig stehen rund 50.000 Arbeitslosen 23.000 Streikende gegenüber. Daraus ergibt sich schlüssig der Beweis, daß im Hintergrund der nordwestböhmischen Vorgänge das ungelöste Arbeitslosenproblem steht. Es muß in diesem Zusammenhang angeprangert werden, daß ein Teil der bürgerlichen Presse vor kurzer Zeit die Maßnahmen des Fürsorgeministers Dr. Czech gerade im Hinblick darauf angegriffen hat, daß er angeblich für den Brüxer Bezirk zuviel getan hat. Da können wir wohl sagen, daß das Bürgertum mit Blindheit geschlagen ist, wenn es nach den letzten Vorgängen den Ernst der Dinge nicht sehen will.

Diese letzten Schießereien sind die grauenvolle Begleitmusik zu den Behauptungen eines Teiles der bürgerlichen Presse, der dem Fürsorgeminister vorwirft, er betreibe Geldverschwendung für die Arbeitslosen.

Auf der Suche nach angeblichen Mißbräuchen übersehen die Gegner der Arbeitslosenunterstützung das erschütternde Massendrama derer, die täglich mit Not und Verzweiflung, ja mit Selbstmordgedanken ringen müssen, weil sie von 20 K pro Woche nicht leben können. Das Arbeitslosenproblem in diesem Staate wäre leichter zu lösen, wenn man einmal 14 Tage lang einen Rollentausch durchführen könnte zwischen denen, die heute den Fluch der Arbeitslosigkeit leiden, und zwischen den anderen, die sich über die „Höhe" der Arbeitslosenunterstützungen aufregen. Die Brüxer Ereignisse haben den bequemen Standpunkt über den Haufen geworfen, daß man der steigenden Arbeitslosigkeit mit verschärfter Kontrolle der Unterstützungen begegnen könnte.

Abg. Gottwald: „Wer hat den Kontrolleur herausgegeben, doch Dr. Czech!"

Genosse Abg. Müller: „Herr Gottwald weiß nicht, was vorgeht!"

Genosse Jaksch: „Jo, sie haben keine Ahnung, sie verwechseln nur den Fürsorgeminister mit dem Innenminister. Diese letzten Vorgänge im Streikgebiet, dieses Uebergreifen der Streikbewegung auch auf die Massen der Arbeitslosen ist eine Mahnung an alle ernsten Faktoren in diesem Staate, an die gesamte Oeffentlichkeit, daß die Lösung des Arbeitslosenproblems nicht nur eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Parteien ist, sondern eine Frage auf Tod und Leben für die ganze menschliche Gesellschaft.

Die Sünden gegen die Bergarbeiter.

Die Brüxer Bewegung hängt auch zusammen mit der Lage im Kohlenbergbau, mit der Lage der Bergarbeiterschaft. An den Bergarbeitern ist durch die Wirtschaftspolitik dieses Staates schwer gesündigt worden. Nationalistische Wirtschafts- und Handelspolitik haben in den ersten Nachkriegsjahren die besten Auslandsabnehmer unserer Braunkohlenreviere geradezu davon gejagt.

Verschärfend auf die Lage im Braunkohlenrevier hat zweifellos der Protektionismus bei der Vergabe der staatlichen Kohlenlieferungen mitgewirkt.

Ich verweise hier auf einige sehr wichtige Konstatierungen, die in diesem Zusammenhange das Organ der Union der Bergarbeiter der „Glückauf" machte. 1930 betrugen die Staatsbahnlieferungen aus den Braunkohlenrevieren noch 2,928.000 Tonnen, bei Steinkohle 1,578.000 Tonnen. In der Zeit von 1930 bis 1932 hat sich das Verhältnis umgekehrt: Im Jahre 1932 sollten 1,771.000 Tonnen Braunkohle gegen 2,157.000 Tonnen Steinkohle auf Staatsbahnlieferungen entfallen. Ich weiß schon, daß zwischen den einzelnen Revieren ein mörderischer Kampf um den Anteil an den Staatsbahnlieferungen tobt, an dem auch Arbeiterinteressen beteiligt sind. Es ist mir auch bekannt, daß die Staatsbahnlieferungen auch unter den Steinkohlenrevieren nicht gerecht aufgeteilt sind. Denn z. B. das Pilsner Steinkohlenrevier beklagt sich mit Recht, daß es zu kurz kommt. Es muß aber, soweit die Relation zwischen Braunkohle und Steinkohle bei den Staatsbahnlieferungen in Betracht kommt, wohl gesagt werden, daß es untragbar ist, wenn die Hauptlast der Krise auf ein Revier abgewälzt wird, wenn das Brüx—Dux Gebiet und das Falkenauer Revier durch Verminderungen der Staatsbahnlieferungen immer mehr in ihren Absatzmöglichkeiten geschädigt werden. Wie aus der Darstellung des Organs der Union der Bergarbeiter hervorgeht, war für 1932 noch eine weiter weitgehende Kürzung des Anteils des Brüxer Reviers geplant. Dieser Anschlag konnte durch Eingreifen der Union der Bergarbeiter größtenteils abgewehrt werden. Die verhängnisvolle Entwicklung im Brüxer Revier ist eine Mahnung an die entscheidenden Faktoren in diesem Staate, künftighin bei Staatslieferungen nicht nationale Momente oder ausschließlich kaufmännische Gründe, sondern im ausgiebigen Maße auch soziale Momente zu berücksichtigen.

Die Schuld der Bergherrn.

Zur Verschärfung der Lage in Nordwestböhmen haben zweifellos die Bergherren mit ihrer Politik wesentlich beigetragen. Man muß sich vergegenwärtigen, wie die Situation war. Nach dem schrecklichen Grubenunglück im Kohinoor-Schacht in Bruch waren die Bergarbeiter des ganzen Revier zu tiefst erregt. Jeder einzelne Bergmann hat die Tragödie seiner Kameraden im brennenden Schacht mitempfunden. In diese Stimmung hinein kam die Kündigung der Bergarbeiterschaft des Hauptmann-Schachtes und zweifellos hat diese Kündigung dann beigetragen, die Erbitterung der Bergleute zu steigern. Ich muß hier feststellen, daß diese Kündigung ungesetzlich war, denn zuerst hätte das Unternehmen die Bewilligung der Bergbehörden zur Einstellung dieses Schachtes einholen müssen, und dann erst wäre es berechtigt gewesen, die Kündigungen auszusprechen. Daß dieser Vorgang unter so merkwürdigen Umständen bei gleichzeitiger Abreise des verantwortlichen Direktors in das Ausland erfolgt ist, hat in der Arbeiterschaft des Reviers das Gefühl verstärkt,

daß die Unternehmer nur das Bestreben haben in den Konjunkturjahren die Gewinne einzukeimsen, und in den Krisenjahren die Lasten auf die Arbeiter abzubürden.

Wir sind nicht so naiv, von den Bergherren soziales Verständnis zu erwarten. Aber wir machen doch darauf aufmerksam, daß es ein verhängnisvoller Irrtum ist, wenn diese Herren glauben, auch eine kapitalistische Produktionsweise könne ganz ohne Rücksicht auf die Arbeiter betrieben werden.

Je weniger Menschen dieses System beschäftigen, nähren und kleiden kann, desto früher wird es zur Hölle fahren!

Die Mitschuld der Bergbehörden

Ein Wort ist auch hier am Platze über die Rolle der Bergbehörden. Sie haben durch ihre Passivität den Stand der Dinge zweifellos verschlimmert. Als Exponenten des Staates sollte ihnen das Schicksal der Bergarbeiter mindestens ebenso am Herzen liegen, wie die Interessen der Bergbauunternehmer. Die Erfahrungen, die in der letzten Zeit bei den Bergbehörden gemacht wurden, sind wohl ein Anlaß mehr, ihre durchgreifende Reorganisierung zu fordern. Es genügt nicht, einen arbeiterfeindlichen Beamten, wie den Rat Heil, davonzujagen, es ist notwendig, an Stelle derer, die in

(Fortsetzung auf Seite 2)

Wieder ist Blut geflossen,

wieder sind sinnlos Opfer gefallen, weil die nordwestböhmische Arbeiterschaft in ihrem begreiflichen Zornausbruch gegen Bergherren und Behörden sich der Führung gewissenloser Burschen ausgeliefert hat, die nichts Besseres zu tun wissen, als die Arbeiter und Arbeitslosen vor die Bajonette der Gendarme zu jagen.

„Unsere Sympathien sind, wie unser Redner im Parlament versichert hat, wie immer so auch diesmal auf Seiten der Opfer, der Arbeiter, die auf der Bahre oder in den Krankenhäusern liegen, Zeugen ebensosehr des Wahnwitzes der kapitalistischen Ordnung wie der Gewissenlosigkeit jener kommunistischen Führer, die zuerst die Arbeiterbewegung gespalten und geschwächt haben, um nun an den traurigen Folgen dieses Prozesses politisch zu profitieren. Es ist festgestellt worden, daß die Brüxer und Komotauer Arbeiter Mittwoch das Opfer eines raffinierten Betruges geworden sind. Die Behörden hatten — ob zu Recht oder unbegründet, soll unten erörtert werden — die Kundgebungen verboten. Aus Prag aber wurde den Demonstranten die telephonische Meldung übermittelt, daß die Kundgebungen vom Innenministerium erlaubt seien. Daraufhin zogen die Demonstranten in die Städte und stießen auf die Gendarmerie- und Militärkordons.

Der Lump, der aus sicherem Port die telephonische Falschmeldung weitergab, über deren wahrscheinliche blutige Folgen er sich klar sein mußte, hat sich nicht gestellt, und als gestern unser Genosse Jaksch die krawallierenden Kommunazi in offener Parlamentssitzung aufforderte, doch den Herrn zu nennen, der die Arbeiter vor die Bajonette dirigiert hatte, da verstummten die vorher so großmäuligen Hasardeure mit einem Schlag. War es schon gewissenlos, einen Streik zu entfesseln, bevor man noch wußte, wofür man streiken wollte — die Forderungen sind ja erst nach Streikbeginn aufgestellt worden! — war es gewissenlos, den Streik durch Terror weiterzuführen, als die übrigen Reviere und in ihnen vor allem die kommunistischen Gewerkschaftler selbst, die Teilnahme ablehnten, so bedeutet doch der wissentlich und methodisch herbeigeführte Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht ein unsühnbares Verbrechen an den Arbeitern.

Daß wir dieses Verbrechen anprangern, obwohl es heute wahrhaftig bequemer wäre, in den hakenkreuzlerisch-moskowitischen Chor einzustimmen, daß wir unserem Gewissen folgend, das Hasardieren mit Arbeiterleben und Arbeiterexistenzen auch dann ablehnen, wenn ein Teil der Arbeiterschaft diese unsere Haltung nicht verstehen will, das bedeutet natürlich nicht, daß wir den Behörden das Zeugnis korrekten Vorgehens ausstellen würden. Die Zusammenstöße in Brüx und Komotau wären uns wahrscheinlich erspart geblieben, wenn das Ministerium und die lokalen Behörden nicht mit Verboten vorgegangen wären. Unlängst haben in Brüx an 20.000 Arbeiter in voller Ruhe demonstriert; da keine Gendarme zu sehen waren, gab es keinerlei Reibung. Mittwoch haben in Dux Tausende Bergarbeiter demonstriert, ohne daß irgendwem ein Haar gekrümmt worden wäre. In Brüx und Komotau wäre es nicht anders gekommen, hätten einander nicht wie so oft die kommunistische Provokation und der behördliche Starrsinn in die Hände gearbeitet. Das System unserer politischen Verwaltung hat sich neuerlich als unfähig erwiesen, wirklich zu verwalten. Es kann verbieten, es kann schießen lassen und die Bevölkerung in erbitterte Wut versetzen — verwalten, ausgleichen, ordnen kann es nicht. Die vielen traurigen Vor-

fälle der letzten Jahre wären nie geschehen, wenn an der Spitze unserer Lokal- und Regionalverwaltung die gewählten, autonomen Funktionäre der Bevölkerung stünden. Der engstirnigen, meist verständnislos hartherzigen Bürokratie, der in den deutschen Gebieten obendrein fremdnationalen und landesunkundigen Obrigkeit, begegnet die Bevölkerung mit Mißtrauen, mit lang verhaltenem Groll, oft mit Haß. Die Bevölkerung zum Kampfe gegen dieses Verwaltungssystem zu organisieren, den wir seit Jahren allein führen, wäre wahrhaftig sinnvoller als die ins Blinde stoßende Aktion der kommunistisch-hakenkreuzlerischen Hasardeure.

Die blutigen Ereignisse von Brüx und Komotau könnten beiden Parteien, die einander in diesem Konflikt gegenüberstehen: den Kommunazi einerseits, den Bergherren und ihren agrarischen Hintermännern andererseits, eine Warnung sein, ihr Spiel nicht bis zum äußersten zu treiben. Man kann der Krise weder mit Bajonetten, noch mit Parolen wirksam entgegentreten. Weder der Streik, von dem wir abraten mußten und den wir unserer marxistischen Ueberzeugung nach — Genosse Jaksch hat gestern das Wort Rosa Luxemburgs zitiert, daß der Streik in der Krise einer Kavallerie-Attacke auf sumpfigem Boden gleichkomme — als verfehlt und aussichtslos ansehen, weder diese zu rein parteipolitischem Zweck eingeleitete „Aktion", noch die Haltung der Bourgeoisie und ihrer Bürokratie können auf die Dauer verhüten, daß sich das Elend im nordwestböhmischen Revier zur Katastrophe auswächst. Im Brüxer Bezirk war es, wo die Sudelpresse der Restgutbarone und Zinnobankmagnaten die angeblichen Mißstände beim Bezug von Lebensmittelkarten aufdecken wollte, um den Kampf gegen die soziale Fürsorge und den Genossen Czech bestreiten zu können. Nun haben die Herren den Beweis dafür, daß gerade im Brüxer Gebiet nicht zuviel, sondern zu wenig vorgesorgt war, um den explosiven Ausbruch der Verzweiflung zu bannen. Wenn die Herrschaften mit Wohnungsvorlage und Notfonds noch lange spielen wollen, werden sie wahrscheinlich noch ganz andere Dinge erleben, gegen die ihnen keine Gendarmerie und kein Auftrumpfen des Herrn Slavik nützen würde! Zugleich aber mögen die Arbeiter, die sich der kommunistischen Führung überantwortet haben, nach dem Blutvergießen vom Mittwoch erkennen, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht, daß wir mit der Taktik der Hitlerkommunisten zwar zu blutigen Straßenkämpfen, aber keinen Schritt weiter zur Behebung des Elends gelangen.

Die Streikenden im nordwestböhmischen Revier sind in einer Sackgasse, aus der sie die Herren Gottwald und Proske, Reimann und Krebs nicht herausführen können; sie können sie nur noch tiefer ins Chaos dirigieren. Die Sozialdemokratie ist heute wie immer bereit, in Gemeinschaft mit den freigewerkschaftlichen Organisationen den Arbeitern einen Ausweg aus der Sackgasse von Brüx zu erkämpfen. Aber sie bedarf dazu der Einigkeit, der vernünftigen Ueberlegung, des Vertrauens der proletarischen Massen. Wenn diesen die Schüsse von Brüx und Komotau ein Signal waren, dann werden sie umkehren und den Verführern absagen, die nur die Geschäfte der Grubenherren und der agrarischen Büttel besorgen. Erkennen die Arbeiter auch heute noch nicht die Schuldigen, dann laufen sie Gefahr, alle Errungenschaften jahrelanger Kämpfe preiszugeben und zugleich ihrer ganzen Klasse unendlichen Schaden zuzufügen. Das mit aller Klarheit und Rücksichtslosigkeit auszusprechen, halten wir für unsere wenig dankbare, aber von unserer heiligen Ueberzeugung diktierte Aufgabe!

Genosse Jaksch in der Streikdebatte:

(Fortsetzung von Seite 1)

den staatlichen Aemtern gegen die Arbeiterschaft wirken, sozial fühlende und demokratisch denkende Menschen zu setzen.

Diese Momente haben die Streiksituation vorbereitet, und der Streik selbst ist die Tragödie einer gewerkschaftlich zersplitterten und politisch beispiellos zerrissenen Arbeiterschaft. Wer hundertprozentig auf dem Standpunkt der Bergarbeiterinteressen steht, wie wir, hat das Recht auszusprechen, daß unter so unglücklichen Umständen noch kein Massenstreik begonnen und geführt wurde.

Die Gefahren des Streiks.

Die Bergarbeiter sind nicht gefragt worden, kein Schacht hat abgestimmt, keine Organisation hatte Gelegenheit, Stellung zu nehmen.

Als Streiknacher fungierten kommunistische Stoßtrupps, die die Belegschaften herausholten, soweit sie willig folgten, oder sie herausprügelten, soweit sie nicht folgen wollen. Forderungen um die der Streik geführt werden sollte, sind erst später aufgestellt worden. Es ist begreiflich, wenn ein Großteil der Arbeiteröffentlichkeit, der diese Hintergründe nicht kennt, mit diesem Streik sympathisiert. Aber selbst auf die Gefahr hin, momentan unpopulär zu sein, müssen wir es aussprechen, daß ein Streik kein Mittel gegen die Absatzkrise ist.

Man hat den Eindruck, daß den Unternehmern noch niemals ein Streik so willkommen war.

(Sehr richtig!)

Um so mehr ist es notwendig, auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus der ganzen Bergarbeiterschaft in diesem Staate und insbesondere den Bergarbeitern des Brüxer Revieres drohen.

Es droht durch diesen Streik der Verlust eines großen Teiles der Absatzmöglichkeiten im Auslande,

es droht ferner die Gefahr, so wie wir es beim Glasarbeiterstreik in Unterreichenau und Bleistadt erlebt haben, daß die größten Schreier zuerst wieder hineinlaufen und daß die ehrlichen klassenbewußten Gewerkschafter auf der Strecke liegen bleiben.

Genosse Katz: „Und daß die früheren Kommunisten Hakenkreuzler und Nationalsozialisten geworden sind."

Genosse Jaksch: Wir müssen in dieser Stunde die Arbeiterschaft davor warnen, ihr Schicksal in die Hände Unverantwortlicher zu legen. Es ist geradezu eine Tollhäuslerei, wenn die Kommunisten in den letzten Tagen versucht haben, im nordwestböhmischen Revier aus dem Bergarbeiterstreik einen allgemeinen Generalstreik zu inszenieren. Keine geringere als Rosa Luxemburg hat im Jahre 1913 anläßlich der Generalstreikdiskussion in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt,

in Zeiten der Wirtschaftskrise sei ein Generalstreik so aussichtslos, wie eine Kavallerieattacke auf sumpfigem Lehmboden.

Diese Worte hat Rosa Luxemburg im Jahre 1913 unter anderen Verhältnissen ausgesprochen. Wer heute in dieser Situation, wo die Unternehmer nur darauf warten, um die paar klassenbewußten Arbeiter und Vertrauensmänner auf das Pflaster zu werfen, zum Generalstreik aufruft, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. (Kommunistische Zwischenrufe.)

Genosse Jaksch: Die Kommunisten beschweren sich, daß wir für ihren Streik nicht begeistert sind. Zu den Kommunisten gewendet: Die kommunistischen Bergarbeiter von Kladno und Ostrau haben auf euere Streikparole gepfiffen, weil sie ganz gut wissen, daß ihr zwar einen Streik inszenieren, aber keinen Streik gewinnen könnt.

Gottwald: „Eine Frechheit, Streikbrecher!"

Jaksch: Es muß hier ausgesprochen werden, daß es die Kommunisten selbst waren, die den Streik in Kladno und Ostrau wieder abgebrochen haben, weil sie sich blamierten. Deshalb habt ihr kein Recht, uns in diesem Falle anzugreifen.

Gottwald: „Sie Gauner!"

Jaksch: Von Gottwald beschimpft zu werden, ist mir nur eine Ehre.

Euch Kommunisten ist ein Streik nicht eine Gelegenheit, Arbeiterinteressen zum Siege zu führen, sondern nur eine Agitationsangelegenheit gegen die Sozialdemokraten.

Dasselbe gilt für euere Bundesgenossen, für die Hakenkreuzler. Es hat eine Zeit gegeben, wo die kommunistische Partei die Parole ausgab: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft! Diese Parole muß angesichts der letzten Erfahrungen und angesichts auch der kommunistischen Stimmen für Hitler revidiert werden und muß nun lauten: **Packelt mit den Faschisten, wo ihr könnt!** Das ist die neueste kommunistische Linie!

Der Nazischwindel mit den Bergarbeitern.

Die deutschen Hakenkreuzler haben in diesem Bergarbeiterkampf eine sehr zweifelhafte Rolle übernommen. Zuerst haben sie sich auch gegen den Streik ausgesprochen, als sie aber dahinter ein politisches Geschäft witterten, haben sie sich mit an die Spitze des Streikes gestellt. Es ist komisch, wenn dieselben Hakenkreuzler, die uns Sozialdemokraten jahrelang den Vorwurf gemacht haben, daß wir den volkszersetzenden Klassenkampf predigen, uns heute lehren wollen, wie man den Klassenkampf zu führen hat. Es muß den Bergarbeitern anzeigen, wieviel die Glocke in diesem Falle geschlagen hat, wenn sich hakenkreuzlerische Führer heute als Anwälte der Bergleute ausgeben, die dazu beigetragen haben, sie während des Krieges in die Fesseln der Kriegsdienstsklaverei zu schmieden.

Die Hetze gegen die freien Gewerkschaften.

Ich muß von dieser Stelle aus auch Verwahrung einlegen gegen die frivole Hetze, die gegen die freigewerkschaftlichen Verbände der Bergarbeiter geführt wird. Die freigewerkschaftlichen Verbände, Union und Svaz dornin haben ihre Pflicht gegenüber den Bergleuten auch in dieser Situation erfüllt. Ich muß hier konstatieren: Am 22. v. M. sind Kündigungen auf dem Humboldtschacht erfolgt. Bereits am nächsten Tage, am 23. hat die Union der Bergarbeiter eingegriffen und die Verschiebung dieser Kündigungen erreicht, damit Zeit für Verhandlungen gewonnen werden könnte. Union und Svaz zahlen ihren Mitgliedern die Streikunterstützung, obwohl sie den Streik nicht mitbeschlossen haben.

Die Männer, die an der Spitze der freigewerkschaftlichen Bergarbeiterorganisationen stehen, haben den Nachweis bereits erbracht, daß sie erfolgreich Kämpfe der Bergarbeiter führen können.

Ihre Gegner, die heute die Bergarbeiter gegen die Front der Gewerkschaften ins Treffen zu führen versuchen, haben den Beweis noch nicht erbracht, daß sie Streiks zu führen und auch günstig abzuschließen verstehen. Es ist das ausschließliche und alleinige Verdienst der freien Gewerkschaften, daß bei den schwebenden Verhandlungen im Arbeitenministerium ernsthafte Forderungen der Bergarbeiter zur Grundlage genommen wurden.

Für die Bergarbeiter-Forderungen.

Diese Forderungen lauten:

1. **Die Einstellung des Humboldtschachtes ist auf ein Jahr zu verschieben.**

2. **Neuaufnahmen von Bergarbeitern auf dem nordwestböhmischen Braunkohlenbergbau und Baggerbetrieben sind solange einzustellen, solange Feierschichten eingelegt werden und Bergarbeiter arbeitslos sind. Der eventuell notwendige Abbau der Belegschaften ist nur durch natürlichen Abbau, d. h. durch Abgang infolge Provisionierung, durch Tod und durch freiwilliges Verlassen der Arbeit herbeizuführen.**

3. **Die Einrichtung der Subunternehmer, die nur den Zweck hat, den Kollektivvertrag zu umgehen, ist zu beseitigen.**

4. **Ueberstunden und Ueberschichten sind, wenn es sich nicht um besonders dringende Notstandsarbeiten handelt, ausnahmslos zu verbieten.**

5. **Die notwendigen Reparaturschichten an förderfreien Tagen sollen auf die Belegschaftsmitglieder gleichmäßig aufgeteilt werden.**

6. **Das noch immer vorkommende Hunteverladen an förderfreien Tagen ist zu verbieten.**

Durch die Vergebung der Staatsbahnlieferungen für das Jahr 1932 wurde die Braunkohle in unerhörter Weise benachteiligt. Es wird verlangt, daß bei den Staatsbahnlieferungen 1932 der Status quo hergestellt wird, das heißt, daß die verkürzten Lieferungsmengen auf Braun- und Steinkohle auf alle Reviere und auf alle Schächte verteilt werden.

Diese Forderungen der freien gewerkschaftlichen Bergarbeiterverbände sind auch unsere Forderungen. Wir stellen uns hinter sie und richten die Aufforderung an das Arbeitenministerium, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, um sie durchzudrücken und einen ehrenvollen Abschluß des Kampfes zu ermöglichen.

Die Schuld am Blutvergießen.

Ich werde mir noch abschließend gestatten, einige Worte zu den blutigen Vorfällen zu sagen, die sich gestern im Gebiete von Brüx und Komotau abgespielt haben. Wo immer es bisher Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und Staatsgewalt gegeben hat, waren unsere Sympathien auf der Seite der Arbeiter.

Diese traditionelle Haltung berechtigt uns aber auch eine scharfe Demarkationslinie zu ziehen, gegenüber jenen, die mit Arbeiterleben hasardieren.

Zur Klarstellung der Schuldfrage am Blutvergießen bei Brüx und Komotau, müssen zwei Punkte bereinigt werden. Erstens einmal muß die Frage klargestellt sein, wer die demonstrierenden Arbeiter gestern durch telephonische Mitteilungen aus Prag irregeführt hat, daß die Kundgebungen gestattet sind.

Die Kundgebungen waren verboten, aus Prag wurde aber an die Streikenden die telephonische

---

79

Jan Hus / Der letzte Tag

Ein geschichtlicher Roman v. Oskar Wöhrle

(Verlag „Der Bücherkreis", G. m. b. H., Berlin SW. 61.)

34

Die Bratwurst, die den Schinken predigt, hat es in sich. So weltlich es in dem Weingewölbe auch zuzugehen pflegt, es entläßt keinen seiner Gäste ohne geistigen Segen. In diesem Punkt hält der Pfaffenkeller auf Tradition.

Der Schaffhauser schwankt, als er die Sandsteinstaffeln hinter sich hat und an die Abendluft kommt. Toll! Der Stephansplatz dreht sich vor ihm im Kreise. Drüben, von der Kirchhofmauer, löst sich ein bärtiger Heiliger und kommt mit ausgebreiteten Armen auf ihn zu.

„Bleib, wo du bist, mahleidiger Christ!" wehrt der Schaffhauser ab und kehrt der Spukgestalt den Rücken. „Du fehlst mir grad noch in meiner Sammlung! Ein ausgewachsenes Maitschi wär' mir lieber!"

„Mir auch!" lacht der Schneizenhöfer, der nachgekommen ist und sich alle Mühe gibt, mit seiner breiten Stierachsel die Platane vor dem Haus zu stützen, damit sie nicht umfällt.

„Mir ist wie einer jungen Nonn zumut!" singt der Schaffhauser. „So geistlich um den Kopf, so weltlich um den Bauch!"

„Ruhig im Geist!" kommandiert der Schneizenhöfer und legt den Finger auf den Mund: „Horch, wer tappt da?"

„Na, wer wird groß antappen um diese Zeit? 'ne Nonne oder 'ne Hur!"

„Aetsch, ausgelacht! Keins von beiden. Ein Drittes: unser frommer Vater Pirmin!"

„Gelobt sei Jesus Christus!" grüßt der Schaffhauser und bückt sich, Frömmigkeit markierend, so weit vornüber, als es sein Zustand erlaubt.

„In Ewigkeit, Amen!" Der Mönch macht die Gebärde des Segens und fragt dann: „Was muß ich sehen, Herren, ihr drückt euch schon? Ist's öppen zu heiß im Keller?"

„Das nicht, frommer Vater! Aber mit der Bande unten ist's heute nicht auszuhalten. Sie quatscht von nichts anderem, als von Hus, den sie heute verbrannt haben. Hus! Hus! Es schwirren mehr Hus als Falter und Nachtschmaken. Pssssüüh!" — der Schneizenhöfer ahmt das Summen einer Stechmücke nach — „Pssssüüh! Hus! Hus! Hus! Es hört überhaupt nie mehr auf!"

„Du hast recht, Mann. Das Wort ist einmal in die Welt geworfen, es hört nie mehr auf!"

„Um Gottes willen, bei allen vierzehn Nothelfern von Nieder-Magstatt, jetzt fängst du auch noch an, frommer Vater! Mach's gnädig, verschon uns. Du wirst doch nicht fürs Predigen bezahlt, sondern für deine guten Werke!"

„Dann hätt' ich ein mageres Amt!"

„Mangel sieht dir niemand an. Doch vom Fressen und Saufen allein kann dein und deiner Brüder Fette nicht kommen. Ich glaub halt allweil, ihr Heiligen des Scheins nährt euch nebstbei auch noch von Sünden!"

„Wenn, dann von denen, die wir dir und deinesgleichen abgenommen haben!"

„Jetzt hab ich ihm den richtigen Nero getroffen! Hörst du, Schneizenhöfer, er bellt. Was ist, wollen wir mit ihm noch einen packen?"

„Meinetwegen zwei! Aber unter einer Bedingung, frommer Vater, du mußt einen Witz erzählen, der sich gewaschen hat!"

„Abgemacht!" sagt Pater Pirmin. „Aber jetzt laßt uns erst mal die Gurgel kühlen! Ich unwürdiger Nachtrab des heiligen Franz hab ein Gefühl, als ob mich dürste!"

Unten, im Keller, gibt es in der Tat kein anderes Gespräch als Hus. Alles dreht sich um seine Verbrennung.

Schneizenhöfer und der Schaffhauser, die in ihrer Mitte den Pater Spaßmacher mitbringen, werden zwar geschreiig begrüßt, aber nur einen Augenblick lang. Sofort wendet sich die Aufmerksamkeit aller Kellergäste wieder dem dürren Männchen zu, das als Zeuge der Stadt bei der Hinrichtung mit in der ersten Reihe gestanden hat, und das nun, bis in die letzte Ader hinein aufgetrieben von Wichtigkeit, eben dabei ist, den Schluß der Marterstunde zu erzählen.

„Ja, so ein schöner Scheiterhaufen von einer Pracht, wie man von hier bis Lindau und Ravensburg noch nie einen schöneren sah! Und dennoch ein seltsamer Brand, als ob der leibhaftige Gottseibeiuns die Hand mit im Spiel gehabt habe. Nämlich, als das Holz verglost war, nichts mehr da als Asche, glaubt ihr wohl, meine Herren, daß der Ketzer auch verbrannt gewesen sei? Fiel ihm gar nicht ein. Der erwies sich als böhmisch und hartnäckig noch über den Tod hinaus. Bloß die Beine waren vom Feuer gefressen. Mit denen war er hinaus auf die höllische Wanderschaft. Der Oberteil seines Leichnams dagegen hing noch immer an Ammon Weillis Kette, angekohlt zwar, aber unverbrannt."

„Wie sind sie denn mit ihm fertig geworden?"

„Mit dem Körper? Sehr einfach. Die vier Mann vom scharfen Gericht rissen ihn mitsamt dem Pfahl nieder und machten nochmals ein Feuer an. Es war eine Axt da und damit haben sie des Ketzers Schädel zerspaltet, damit er um so eher zu Asche würde. Als sie aber das Eingeweide auseinanderschüttelten, fanden sie das Herz noch ganz. Unversehrt fanden sie es. Da haben sie es mit Kolben und Knüppeln geblaut, gleichsam zur besonderen Abstrafung. Nein, genützt hat das nichts! Darum steckten sie's hernach an einen Spieß und schmissen es zum andern Mal ins Feuer, wo es schließlich trotz aller Gegenwehr dennoch verbrannte."

„Und dann?"

„Dann, Herr Stoffi, war die Exekution fertig. Das heißt, doch nicht ganz. Denn zum Schluß ward all die Asche in ein Stierfell gesammelt und zum Rhein hinuntergeschleift. Dort, hinter dem Ketzereck, schütteten die Schinderknechte den Dreck ins fließende Wasser. So ist von dem Ketzer in Konstanz auch nicht ein Stäublein übrig geblieben."

„Warum zum Schluß noch das Bad?"

„Damit den Böhmen und den Hus-Zugetanen auch nicht ein Aschendröfel blieb, das sie als Heiltum oder Reliquie etwa hinwegführen könnten."

„Das haben sie gar nicht nötig!" schreit da unvermittelt der Bettelmönch.

Alle im Keller schauen ihm verwundert in das erhitzte Gesicht.

„Ja," schreit der Barfüßer weiter, „Ausgebrütete des Teufels, glotzt nur! Es ist so. Keiner der Böhmen hat eine Reliquie von Hus nötig, weil ihn jeder hier innen" — dabei schlägt er sich dröhnend auf die Brust — „ja, hier innen, trägt!"

Die Kellergäste sind starr. Keiner vermag den Ausbruch des Paters zu fassen.

„Ich glaub bald, frommer Vater, du weinst!" sagt auf einmal der Schneizenhöfer.

„Ich was, weinen!" wehrt der Barfüßer ab. „das bißchen Wasser, das mir in den Augen steht, kommt vom Ruch des Zwiebelsalats, den mir der Ulli Wüst zur Abendkost hingestellt hat. Ich glaub, Wüst, du hast mir eine Portion Judenspeis mit hineingeschnitten!"

„Nein, Vater, dein Knoblauch liegt in einer anderen Schüssel!"

„Jawohl," gibt der Barfüßer freimütig zu, „der liegt darin, daß die Juden heute Jesum Christum ein zweites Mal gekreuzigt haben!"

„Oho! Oho!"

(Fortsetzung folgt.)

Mitteilung hinausgegeben, das Innenministerium habe die Kundgebungen erlaubt. Es sind durch diese frivole Irreführung die Demonstrierenden geradezu in die Bajonette hineingejagt worden.

Genosse **Müller:** „Warum meldet sich der Mann nicht, der das telephoniert hat!"

Jokisch: „Er dürfte nicht weit vom kommunistischen Klubsekretariat zu finden sein. Zweitens muß klargestellt werden, wo sich die kommunistischen Abgeordneten Babel und Frau Hodina gestern befunden haben, als es vor Komotau zu diesen Zusammenstößen kam. Bei den Vorbereitungen waren sie dabei, als aber draußen Blut geflossen ist, hat man die Anstifter wieder einmal nicht gesehen.

Kaltes Blut!

Mit Rücksicht auf diese Erfahrungen müssen wir die Arbeiterschaft eindringlich vor einem politischen Verbrechertum warnen, welches Arbeiterblut als billigen Agitationsstoff braucht. Unser Appell, den wir an die Arbeiterschaft Nordwestböhmens richten ist der, sie mögen kaltes Blut bewahren, sie mögen den Weisungen ihrer Organisationen folgen und mögen sich hinter ihre bewährten Vertrauensmänner und Gewerkschaften stellen. Soll unabsehbarer Schaden für die Arbeiterschaft vermieden werden, dann ist für die Arbeitenden Nordwestböhmens in den nächsten Tagen ein Höchstmaß von Besonnenheit, Kaltblütigkeit und Vernunft notwendig. Die Bergarbeiter können versichert sein, daß die Sozialdemokratie an ihrer Seite sein wird, sowohl in ihrem Existenzkampf gegen die kapitalistische Krisennot, aber auch in der Abkehr fasciistisch-bolschewistischen Abenteurertum. Wir rufen den Arbeitern Nordwestböhmens in dieser ernsten Stunde zu, daß es nur einen Ausweg aus dieser Krisenhölle gibt, wenn die arbeitenden Menschen durch Treue zu ihrer Organisation, durch Geschlossenheit ihres Willens, durch restlose Hingabe an ihre Ideale jene Voraussetzungen schaffen, die wir brauchen, um das fluchbeladene kapitalistische System überwinden zu können!

Die Zeiten sind schwer, die Arbeiterschaft marschiert durch eine Gefahrenzone. Wir werden auch in ihrer schwersten Stunde an ihrer Seite sein. Denn es gilt noch immer das Wort das Josef Seliger aussprach, als er zum erstenmal von dieser Tribüne die Forderungen der deutschen Sozialdemokratie verkündete, indem er sagte: **„Der Leitgedanke unserer Politik ist unsere heiße Liebe zur deutschen Arbeiterschaft in diesem Lande, unsere heiße Liebe zum internationalen Proletariat. (Beifall.)**

❊ ❊ ❊

Die Erklärung des Innenministers.

Zu Beginn der Sitzung waren die Galerien für das Publikum und die Presse dicht gefüllt, der Sitzungssaal wies aber noch große Lücken auf. Die wenigen anwesenden Kommunisten — viel über ein halbes Dutzend waren es nicht — arbeiteten unter direkter Aufsicht von Mitgliedern des Polbüros, die auf der Galerie Platz genommen hatten, und suchten daher unter Anspannung aller Kräfte im Wortgefecht ihren Mann zu stellen. Als kurz nach Eröffnung der Sitzung der Innenminister den Saal betrat, wurde er mit „Bluthund" begrüßt. Sofort aber kehrte sich die Kommunistenfront gegen die Bänke der Sozialdemokraten. Als Remes den wie besessen mit den Händen herumfuchtelnden Gottwald scharf abweist, konnte nur das Eingreifen des Ordners Mašata Tätlichkeiten verhüten.

Innenminister Slavik

gibt nun im Rahmen der Debatte über die letzte Erklärung des Arbeitenministers zum Bergarbeiterstreik eine ausführliche, wie immer ausschließlich auf der Darstellung der beteiligten Sicherheitsorgane beruhende Darstellung der unglückseligen Ereignisse des gestrigen Tages im Streikgebiet ab, in der er ohne weitere Begründung das Verbot der anläßlich der Verkündigung des Generalstreiks vom Streikausschuß geplanten Volksversammlungen in Brüx, Dux, Komotau, Teplitz und Aussig als unumgänglich notwendig (?!) hinstellte. Die Generalstreikparole sei vollkommen zusammengebrochen; im Gebiet der Bezirksverwaltungen von Teplitz, Komotau und Aussig wurde überall normal gearbeitet; nur in Brüx feierten sechs, im Duxer Gebiet etwa sieben Fabriken. Die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen hätten sich leider als nur zu berechtigt erwiesen.

Der Minister schildert nun im Detail die Situation an den kritischen Punkten in der Umgebung von Brüx und Komotau, wo die aus der Umgebung heranziehenden Demonstranten von Gendarmerie und von berittenem Militär aufgehalten wurden. Schon vormittags gab es Zusammenstöße und Kavallerieattacken auf der Straße bei Oberleutensdorf; besonders gefährlich gestaltete sich die Situation jedoch am Nachmittag auf der Komotauer Straße vor Brüx, wo etwa 1200 Demonstranten unter Führung Zapotockys heranzogen. Zapotocky habe die Erlaubnis erhalten, an die Menge eine kurze Ansprache zu halten, doch habe er dabei keineswegs beruhigend eingewirkt. Aus der Stadt her sei gleichzeitig ein großer Trupp direkt in den Rücken des dort postierten Kordons gezogen. Der intervenierende Beamte, der zu einem Telephon eilen wollte, sei niedergeschlagen, fast alle Gendarmen durch Steinwürfe verwundet worden, darunter zwei schwer. Schließlich habe der Kommandant in äußerster Bedrängnis einer Abteilung von 25 Mann den Befehl zum Schießen gegeben. Zwei Salven forderten zwei Tote und neun Verwundete. Trotzdem sei die Menge nicht auseinandergegangen, sondern konnte erst nach geraumer Zeit durch eine andere Abteilung zurückgedrängt werden.

Auf der Kopitzer Straße wurden etwa 4000 Demonstranten schließlich durch Kavallerie zerstreut. An einer anderen Stelle begnügten sich die 5000 Demonstranten damit, daß eine Deputation zum Bezirkshauptmann durch den Kordon durchgelassen wurde, nach deren Rückkehr sich die Demonstranten zerstreuten.

Auf der Görkauer Straße vor Komotau seien aus den Reihen der Demonstranten zuerst Schüsse gegen den Kordon abgegeben worden; schließlich habe der Gendarmeriekapitän dem am meisten bedrängten Schwarm den Befehl zum Feuern gegeben, wobei vier Personen verwundet wurden. An derselben Stelle waren auch Polizisten aus Komotau eingesetzt. Durch Schüsse seitens der Demonstranten erlitt der Polizist Mayer einen Bauchschuß und eine Zerreißung der Leber; sein Zustand ist sehr ernst. Auch ein Revierinspektor wurde sehr ernst verletzt. Die vier Autos, in denen die Gendarmen hervorgeschafft worden waren, wurden von der Menge angezündet und verbrannten. Später wurde beim Aloisiusee ein Mann verhaftet, der einen sechsschüssigen Revolver bei sich hatte, in dem drei Patronen fehlten. Er soll bei dem Zusammenstoß auf den Kommandanten der Gendarmerie gezielt haben.

In Dux wurde eine öffentliche Versammlung in einem geschlossenen Lokal bewilligt, die ruhig verlief.

In Aussig und Teplitz suchten Demonstranten die verbotenen Versammlungen abzuhalten, wurden aber von der Polizei zerstreut, wobei in Teplitz ein Demonstrant einen Bajonettstich in den Fuß erhielt.

Von den eingesetzten Soldaten sind zwei Offiziere und vier Mann schwer und drei Mann leicht verletzt. Verhaftet wurden in Brüx zwölf und in Komotau vier Personen.

Anschließend erklärt der Minister, nach den bisherigen Feststellungen seien die Sicherheitsorgane und das Militär in den Grenzen der gesetzlichen Vorschriften vorgegangen. Er bedauere die Vorfälle sehr, aber er könne die harte Tatsache nicht übersehen, daß die Lösung der heutigen schweren sozialen Probleme vor allem Ruhe erfordere. Er appelliert an die Bergarbeiter, diese Ruhe zu erhalten. Die weitere Untersuchung werde streng und unparteilich geführt werden.

* * *

Von den sonstigen Debattenrednern gibt der tschechische Genosse **Tayerle** dem tiefen Bedauern seiner Partei über die gestrigen Blutopfer Ausdruck. Gerade diese schmerzlichen Vorfälle machten es aber notwendig, über den Streik und seine Ursachen hier sachlich und gründlich zu verhandeln. Er weist die Angriffe von verschiedenen Seiten auf die freien Gewerkschaften zurück, dokumentiert die schwere Schuld der Behörden, die die Beschwerden der Organisationen gegen das Vorgehen der Unternehmer viel zu lax aufgenommen hätten, und wendet sich mit aller Schärfe gegen die zügellose Agitation der Kommunisten, die zwar am Anfang Erfolge haben, sich aber um das Ende einer derartigen Streikbewegung nicht zu kümmern pflegen. Sehr nachdrücklich fordert Tayerle namens der Gewerkschaften die Verkürzung der Arbeitszeit, um dem Arbeitslosenelend steuern zu können.

Später verwahrte sich dann **Tučny** (Rat.-Sozi.) gegen die (nahelegende) Behauptung, daß seine Partei, die im Streik Schulter an Schulter mit Kommunisten und Hakenkreuzlern steht, damit etwa ein Doppelspiel treibe.

Zapotocky bekennt sich mit einer theatralischen Geste dazu, den Brüxer Streik organisiert zu haben, und bricht eine Lanze für die verbündeten Hakenkreuzler. Auch **Jung** spricht noch in der Debatte zu den Brüxer Schießereien; er führt dann weiters den Nachweis, daß das Hakenkreuz kein staatsfeindliches Zeichen sei, weshalb das Verbot absolut nicht zu rechtfertigen sei.

In den späten Abendstunden wird dann die Erklärung des Arbeitenministers aus der letzten Sitzung zur Kenntnis genommen. — Nächste Sitzung Donnerstag, den 21. April, um 3 Uhr nachmittags.

Die Bankenvorlage im Senat.

Prag, 14. April. Der Senat wurde für Dienstag, den 19. April, 3 Uhr nachmittags zu einer Plenarsitzung einberufen, in der die Ausschußberichte über das Bankengesetz aufgelegt werden sollen. Heute hat der verfassungsrechtliche Ausschuß die Bankenvorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert angenommen und eine Reihe von Resolutionen beschlossen, die die Zusammensetzung des Kuratoriums und die Abberufung der Mitglieder betreffen und Rücksichtnahme auf wirtschaftlich nicht gesicherte Beamte sowie auch auf leitende Beamte, die an dem schlechten Stand ihres Institutes keine Schuld tragen, fordern. Weiters wird ein Eingreifen der Regierung verlangt, um Spekulationsgeschäfte von Bankbeamten einzuschränken und die Zinsspannung zu regeln. Freitag wird sich noch der Budgetausschuß mit der Vorlage beschäftigen.

Amtliche Meldungen aus den Revieren.

Prag, 14. April. Ueber die Lage in den einzelnen Kohlenrevieren wird uns uns von amtlicher Stelle mitgeteilt:

Die Lage

im nordböhmischen Kohlengebiet

am 14. April:

Aussig:

Zwei Schächte arbeiten normal, drei teilweise, sechs Schächte stehen still. Die Lage ist hier im ganzen unverändert. Es herrscht Ruhe und Ordnung. Nur in Mariaschein ereignete sich ein Versuch, die Arbeiterschaft der dortigen Porzellanfabrik zu einer Arbeitseinstellung zu bewegen. Die Gendarmerie schritt jedoch ein und machte diesen Versuch zunichte. Die auf gestern nachmittag einberufene Bergarbeiterversammlung wurde verboten. Der kommunistische Abgeordnete Höhnel versuchte, vor dem Theater zu etwa 200 Personen zu sprechen. Die Wache zerstreute die Menge und sistierte den Abgeordneten Höhnel. Nach Sicherstellung auf dem Kommissariat wurde er entlassen. Außer dem Abg. Höhnel wurden drei weitere Personen angehalten, von denen zwei entlassen wurden, während die dritte in Haft behalten wurde.

Teplitz-Schönau:

Die Lage ist unverändert, in allen Fabriken wird normal gearbeitet.

Brüx:

In allen Fabriken wird gearbeitet. Auf den Gruben ist die Lage unverändert. Die Schutzmannschaften sind normal eingefahren. Gestern wurden zwölf Personen in Brüx wegen Teilnahme an den gestrigen Ausschreitungen verhaftet. Die Untersuchungen und Verhaftungen werden fortgesetzt. Das Begräbnis des getöteten Kříž aus Souš findet Samstag, den 16. ds., in Souš um 15 Uhr statt. Das Leichenbegängnis des getöteten Sevčík aus Bruch ist bisher noch nicht festgesetzt.

Zu den gestrigen Vorfällen in Brüx wird noch berichtet, daß von den ins Brüxer Krankenhaus eingelieferten verletzten zehn Demonstranten nur zwei schwere Verletzungen erlitten haben. (Arm- bzw. Beindurchschuß mit komplizierter Knochenfraktur.) Der von den Demonstranten mißhandelte Regierungsvertreter Oberkommissär Dr. Mündel aus Prag hat eine Gehirnerschütterung erlitten, sein Zustand gibt zu keinen Besorgnissen Anlaß.

Bis 14 Uhr nachmittags ist es im Brüxer Bezirk zu keinerlei Ruhestörungen gekommen. Die Gendarmerie ist jedoch in Bereitschaft. Der Streik auf den Schächten dauert unvermindert an.

Komotau:

In der Stadt herrscht Ruhe. Heute arbeiten von allen Gruben nur die Baggermaschine auf dem Hedwig-Schacht. Wegen der gestrigen Vorfälle wurden heute vier Personen verhaftet. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Die Verhafteten werden beim Bezirksgericht in Komotau verhört und sodann dem Kreisgericht eingeliefert werden.

Heute kam es an einzelnen Stellen der Stadt zu kleineren Ansammlungen, die jedoch von der Gendarmerie mühelos zerstreut werden konnten. In einem kommunistischen Sekretariat wurden bei einer Hausdurchsuchung mehrere Pakete mit Aufrufen und Flugschriften beschlagnahmt. Im Zusammenhange mit den gestrigen Vorfällen wurden mehrere Personen verhaftet, darunter auch der kommunistische Stadtverordnete Major.

Der verletzte städtische Wachmann Franz Mayer wurde noch gestern abends einer Operation unterzogen. Sein Zustand ist ernst.

Dux:

In Dux herrscht Ruhe.

Falkenau:

In Falkenau herrscht überall Ruhe und es wird normal gearbeitet. Das Bezirksamt hat vier für Samstag einberufene Versammlungen, auf denen kommunistische Abgeordnete sprechen sollten, verboten.

Ostrau:

Im Ostrau-Karwiner Kohlenrevier herrscht heute Ruhe. Auf vier Gruben wird gestreikt. Am 14. April agitierten noch 5 Uhr früh die kommunistischen Abgeordneten Kliment und Kopecký vor der Grube „Ignaz" in Marianské Hory für eine Arbeitseinstellung, doch hatten sie keinen Erfolg. Der Abgeordnete Kliment agitierte auch bei der Grube „Ludwig" in Radvanice. Die Arbeiterschaft versammelte sich auf der Grube und sprach sich auf Vorschlag des Bergarbeiters und ehemaligen Gemeindevorstehers Gibich mit großer Mehrheit für den Streik aus. Sonst wurde gestern und heute die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht gestört.

Fiasko des kommunistischen „Generalstreiks".

Mähr.-Ostrau, 14. April. (Eigenbericht.) Die Kommunisten hatten Mittwoch, den 13. April, eine Konferenz, in der sie von 1500 Teilnehmern berichten. Auf dieser Konferenz haben sie beschlossen, den Generalstreik hier im Revier durchzuführen. Heute ist die Anzahl der Streikenden, wie folgt:

Auf dem Barbaraschacht: bei Frühschicht sind 76 Streikende bei einer Belegschaft von 627, Nachmittagsschicht 507 Streikende bei einer Belegschaft von 521. Ludwigsschacht: Frühschicht bei einer Belegschaft von 428, 314 Streikende, Nachmittagsschicht bei einer Belegschaft von 409, 296 Streikende. Neuschacht in Lazy: Frühschicht bei einer Belegschaft von 442, 385 Streikende, Nachmittagsschicht 303 Streikende. Frankschacht in Oberschuchau: Frühschicht bei einer Belegschaft von 278, 215 Streikende. Nachmittag hat der Frankschacht schon normalgearbeitet. Auf den folgenden Schächten: Jan-Karolinen-Schacht, Heinrich-Schacht, Hohenegger-Schacht, Gabriel-Schacht, wo die Kommunisten die Mehrheit besitzen, ist heute eine Feierschicht und wurde nicht eingefahren und falls die Parole der Kommunisten befolgt wird, dürfte morgen der Streik in Erscheinung treten. Auf den letztgenannten Schächten, wo die Kommunisten die Mehrheit haben, sind 2016 Streikende zu verzeichnen. Das bedeutet jedoch, gemessen an der Teilnehmerzahl der Konferenz, ein Fiasko für die Kommunisten.

Vorsprache der Eisenbahnerorganisationen

bei dem neuen Minister.

Prag, 14. April. Der gemeinsame Ausschuß der im Zentralvertrauensmännerausschusse vertretenen Eisenbahnerorganisationen: Federace strojvůdců, Jednota zaměstnanců C. S. D., Spolek čs. úředničtva železničního, Spolek středoškolských úředníků železničních, Svaz lidových železničářů, Unie železničních zaměstnanců und Verband der Eisenbahner fanden sich heute nachmittag beim Eisenbahnminister Ing. Hála ein. Die Vertreter des gemeinsamen Ausschusses gaben dem Minister die Versicherung, daß die Eisenbahnbediensteten als Ganzes die Aenderung im Eisenbahnministerium, besonders die Ernennung eines Fachmannes für die Spitze der Eisenbahnen, willkommen heißen. Sie gaben ihm die Versicherung, daß er in den Reihen der Eisenbahnbediensteten seine volle Unterstützung in seinem Bestreben finden wird, die Eisenbahnen ihrer ursprünglichen Bedeutung zuzuführen.

Der Minister sprach seine Befriedigung hinsichtlich der Unterstützung aus, welche er unter den Eisenbahnern findet, und versicherte die Organisationsvertreter, daß er der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisationen nicht ausweichen wird, welche auf ihrem Kongresse am 6. September vorigen Jahres mit aller Entschiedenheit für die Gesundung der Verhältnisse auf den Eisenbahnen und ihrer berechtigten Forderungen manifestierten.

Nächste Woche wird in der detaillierten Durchbehandlung des von diesem Kongresse einstimmig angenommenen Memorandums fortgeschritten werden.

Wehrausschuß des Senats

Viskovsky bedauert . . .

Prag, 14. April. Der Wehrausschuß des Senates beschäftigte sich heute mit der Regierungsvorlage über die Anforderung von Transportmitteln für militärische Zwecke in Friedenszeiten. In der Debatte erhob der Kommunist Haken Beschwerde wegen der Verwendung von Militär im Streikgebiet.

Auch **Genosse Joll,** der nach ihm zu Wort kam, sprach sein Bedauern über die Einsetzung des Militärs aus, die nicht notwendig gewesen sei, und verlangt vom Minister Aufklärung, ob er seine Zustimmung hiezu gegeben habe. Genosse Joll verwies aber auch auf die Darstellung des Abendblattes des „Rudé právo", aus der sich ergibt, daß sich vor dem Gebrauch der Schußwaffe tatsächlich Gewaltakte der Demonstranten ereignet haben; die moralische Verantwortung für die bedauerlichen Vorfälle tragen daher in erster Linie die Veranstalter.

Zu der Vorlage selbst verlangt Genosse Joll verschiedene Ergänzungen; so sollten nicht nur Fahrräder, sondern auch Motorfahrzeuge, die zur Ausübung des Berufes oder zur Fahrt in die Arbeit benötigt werden, von der Anforderung ausgenommen werden; auch sollte man auf die Gesamtzahl der Transportmittel eines Besitzers Rücksicht nehmen, damit nicht etwa einem Kleinbauern das einzige Pferd angefordert wird. Bei der Festsetzung des Entschädigungstarifes soll auf die in der Privatwirtschaft üblichen Bezahlung Rücksicht genommen werden.

Minister Viskovsky erklärte am Schluß der Debatte, er bedauere jeden Tropfen Blut, der bei den gestrigen Zusammenstößen vergossen wurde; doch wendet er sich sehr scharf gegen die Veranstalter der Demonstrationen und erklärt, daß diese mit dem Leben der Arbeiter hasardieren. Die Einsetzung der Armee sei die ultima ratio. Die Regierung stehe keineswegs auf Seite der Kohlenbarone, wie dies Haken behauptete, das Arbeitenministerium verhandle vielmehr im Streik und suche zu vermitteln. Aber weder Gewalttätigkeiten noch Demonstrationen würden uns von der Wirtschaftskrise befreien.

*

Verbesserungsanträge des Genossen Joll angenommen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Genossen Joll, jene Motorräder, die berufsmäßig oder zur Fahrt in die Arbeit verwendet werden, von der Anforderung auszuschließen, angenommen, ebenso eine Ergänzung in der Richtung, daß bei der Anforderung auf die Gesamtzahl der bei dem einzelnen Besitzer vorhandenen Transportmittel Rücksicht genommen werden soll. Die anderen Anträge werden als Erläuterungen im Motivenbericht Verwendung finden.

Solche Gegner haben wir!

Die tschechischen Agrarier übergeschnappt!

Seit Jahren beruht der Ehrgeiz der Organe der Ministerpräsidentenpartei, des „Venkov" und des „Beöer" darin, die Oeffentlichkeit durch das Vortragen eines nicht für möglich gehaltenen Unsinns immer wieder in Erstaunen zu setzen. Die blinde Sozialistenfeindschaft hat das agrarische Organ sogar schon öfters dazu geführt, Tränen der Freude über jeden kommunistischen Erfolg zu vergießen und die Schimpfereien der Moskaupresse gegen die Sozialdemokratie liebevoll wiederzumachen. Es wird demnach nicht wundernehmen, daß auch die deutsche Präsidentenwahl dazu benützt wird, um sich an der Sozialdemokratie zu reiben — wenn auch dabei ein Unsinn herauskommt, der wert wäre in einem Museum menschlicher Dummheit ausgestellt zu werden. Man sollte glauben, daß sich der „Beöer", der so oft chauvinistische Töne anschlägt, darüber freut, daß Hitler nicht gewählt wurde, was doch das Verdienst der deutschen Sozialdemokratie ist. Was tut aber der „Beöer"? Der Sozialistenhaß ist bei den Agrariern so stark, daß sie nicht Hitler, sondern eben die deutschen Sozialdemokraten angreifen. Das Blatt schreibt nämlich in seiner gestrigen Ausgabe:

. . . . Trotzdem muß man sagen, daß der Sieg der Hindenburg-Front schwer erkämpft ist. Wenn nicht die sozialdemokratischen Stimmen gewesen wären, hätte Hindenburg nicht gesiegt und den Sieg hätte Hitler davongetragen. Daraus ist zu ersehen, daß der Sieg des republikanischen Blocks auf verhältnismäßig schwachen Füßen steht. Auf die Sozialdemokratie ist kein besonderer Verlaß. Heute ist es noch gut möglich gewesen, daß sie direkt gegen Hindenburg auftreten und Hitler ihre Stimme geben. Aber es gibt keine Garantie, daß nicht eines schönen Tages die reichsdeutschen Sozialdemokraten unter den wehenden Fahnen des Hakenkreuzes so marschieren werden, wie sie bei Ausbruch des Weltkrieges unter den kaiserlichen Fahnen begeistert gegangen sind.

In einem Augenblick, wo die Sozialdemokratie im schärfsten Kampf gegen das Hakenkreuztum steht, faselt der „Beöer" von einer künftigen Bundesgenossenschaft der beiden Lager, die sich zu einander wie Feuer und Wasser verhalten. Es hat sich jedenfalls dem „Beöer" um den strikten Beweis gehandelt, daß kein Unsinn groß genug ist, um gesagt zu werden — wenn man damit der Sozialdemokratie eins auszuwischen glaubt.

Man vergleiche mit diesen politischen Kindereien der größten Partei des Landes das, was das „Pravo Lidu" über die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zur Präsidentenwahl sagt. Es ist so treffend, daß wir es hieher setzen wollen:

Stellen wir uns vor, was heute wäre, wenn gemäß der kommunistischen Taktik, der Taktik der K. P. D. und der Moskauer Komintern, die Sozialdemokratie dem Verratsgeschrei der Kommunisten gewichen wäre und wenn sie ihre schon von vornherein aussichtslose Kandidatur aufgestellt hätte, um bewußt die Folgen eines solchen Vorgehens herbeizuführen; es wäre Sonntag Hitler gewählt worden und wir hätten heute Hitler als deutschen Reichspräsidenten! Wir fragen heute jeden ehrlichen kommunistischen Arbeiter: Wie wäre ihm, wenn heute der Herrscher Deutschlands der Hakenkreuzler Hitler wäre, der Mameluck der Schwerindustrie und des Hauses Hohenzollern? Und wie würde die Position des Sozialismus im Urteil der ganzen Welt sein, wenn man sagen könnte: Die Sozialdemokratie hat die Wahl Hitlers möglich gemacht! Wenn man gesagt hätte: die Sozialdemokratie hätte die Wahl Hitlers dadurch verhindern können, daß sie die Kandidatur Hindenburgs unterstützt hätte, aber vor lauter Rücksicht darauf, was die Kommunisten sagen, hat sie es zugelassen, daß Hitler gewählt wurde? Wir fragen noch einmal, wie wäre heute das Urteil über die deutsche Sozialdemokratie?

Das Zusatzabkommen mit Frankreich.

Prag, 14. April. Die Regierung legte gleichzeitig den beiden Kammern zur verfassungsmäßigen Behandlung das tschechoslowakisch-französische Zusatzabkommen, das in Paris am 29. März 1932 unterfertigt wurde, vor. In diesem Abkommen willigt die Tschechoslowakische Republik in die Dekonsolidierung einiger Zollposten, wie Gerste, Malz, teilweise Konfektionswaren und Spielwaren, ein; andererseits wird ihr die Dekonsolidierung für verschiedene Posten, wie Schnitzwaren, verschiedene Geräte, Messerwaren und optische Instrumente, zugestanden. Nebstdem erlangt die Tschechoslowakei einige weitere Begünstigungen für verschiedene Industrieerzeugnisse und einige Produkte. Das Abkommen erlangte am 11. April d. J. provisorische Geltung.

Rationalisierung in der Tabakindustrie.

Die beiden freigewerkschaftlichen Verbände der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, nämlich die Gewerkschaft in Sternberg und der Svaz in Prag haben in der Sitzung des Zentralbetriebsausschusses der Tabakregie den Antrag auf Einführung der Vierzigstundenwoche gestellt. In einem Memorandum, das an den Finanzminister adressiert ist, begründen die beiden Gewerkschaften ihre Forderung, wobei sie auf die Rationalisierung in der Tabakerzeugung hinweisen. Wir entnehmen der Denkschrift folgende interessante Ziffern:

Zur Erzeugung der Fabrikate in den Fabriken waren insgesamt verarbeitet Rohtabake:

Im Jahre 1922 . . 18,155.401 Kg.
Im Jahre 1929 . . 22,118.295 Kg.

In derselben Zeit sank die Zahl der Arbeiterschaft in den Tabakfabriken aber von 19.313 auf 11.579 Personen.

Die Gesamtausgaben an Lohn und Zulagen für die Arbeiterschaft der Tabakregie betrugen:

Im Jahre 1922 . . 218,469.438 K
Im Jahre 1929 . . 112,673.829 K

Von den Gesamtausgaben der tschechoslowakischen Tabakregie entfallen auf die Gesamtlöhne und Zulagen der Arbeiterschaft:

Im Jahre 1922 . . 21.49 Prozent
Im Jahre 1929 . . 10.57 Prozent

Diese Ziffern beweisen, daß die Einführung der Vierzigstundenwoche in den Tabakfabriken möglich wäre. Die Bediensteten der Tabakregie würden dadurch nur einen geringen Teil jenes Nutzens zurückerlangen, den die Tabakregie in den letzten zehn Jahren durch technische Verbesserungen, durch die Rationalisierung und durch die erhöhte Intensität der Tabakarbeiter erzielt hat.

Die Aufhebung der SA. und SS.

in Ruhe verlaufen.

Berlin, 14. April. Die Schließungsaktion bei den Berliner SA.-Heimen und -Büros, die gestern abends um 10 Uhr vorläufig beendet wurde, wurde seit heute vormittag, 8 Uhr, fortgesetzt. Insgesamt wurden heute bisher mehr als 50 Büros geschlossen. Das vorgefundene Material wurde beschlagnahmt. Die Schließungsaktion selbst hat sich auch heute vormittag überall völlig reibungslos abgewickelt. Lediglich in zwei Fällen ist von SA.-Leuten versucht worden, Inventar in sogenannte „Ausweichquartiere" zu schaffen, was aber durch die Polizei verhindert wurde.

*

Hamburg, 14. April. Zu der am Mittwoch bei der Durchsuchung der Hamburger Gaugeschäftsstelle erfolgten Festnahme von 20 Nationalsozialisten, unter denen sich Reichstags- und Bürgerschaftsabgeordnete befinden, erfährt das Konti-Büro von privater Seite, daß die Verhaftung wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung erfolgt sei. Reichstagsabg. Dr. Raeke soll noch am Mittwoch Protesttelegramme an den Reichspräsidenten und das Reichsinnenministerium gerichtet haben, in denen u. a. auf die Immunität der verhafteten Abgeordneten hingewiesen wird.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, sind von den dem Richter vorgeführten Nationalsozialisten mittags nach abgeschlossener Vernehmung die Abgeordneten wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Bei den übrigen Festgenommenen sind die Vernehmungen noch nicht abgeschlossen.

*

München, 14. April. Das Braune Haus in München ist von der Landespolizei um die Mittagsstunde noch immer besetzt. Die Polizeibeamten sind damit beschäftigt, das umfangreiche beschlagnahmte Material auf Lastautos zur Landespolizei zu verladen. In der Umgebung des Braunen Hauses muß die Polizei dauernd die sich ansammelnden zahlreichen Neugierigen zerstreuen. Im übrigen herrscht jedoch vollkommene Ruhe und Ordnung.

*

Braunschweig, 14. April. Wegen der Durchführung der Verordnung über Aufhebung der SA. und SS. waren im Lande Braunschweig heute vormittags noch keine Schritte unternommen. Polizeiminister Klagges, der gestern zur Länderkonferenz in Berlin war, war heute früh noch nicht zurückgekehrt. In Kreisen, wo sich eine SA.-Schule befindet, herrscht, wie das Konti-Büro auf Anfrage erfährt, Ruhe. Kundgebungen sind nicht erfolgt.

*

Darmstadt, 14. April. Nach einer amtlichen Mitteilung haben die Haussuchungen in dem SA.-Büro umfangreiches Material über den Charakter der SA.- und SS.-Formationen und ihre Tätigkeit zutage gefördert. Schon jetzt habe die Prüfung ergeben, daß das Verbot der Reichsregierung in jeder Hinsicht berechtigt und dringend erforderlich war.

*

Karlsruhe, 14. April. Laut Mitteilung der Pressestelle beim Staatsministerium wurden gestern in Baden die zur Auflösung der SA. und SS. notwendigen polizeilichen Maßnahmen im ganzen Lande durchgeführt. Die SA.-Heime wurden geschlossen. Irgend welche Schwierigkeiten haben sich nirgends ergeben. Das bei den Haussuchungen gefundene Material wurde sichergestellt und wird zur Zeit gesichtet.

*

Schwerin, 14. April. Ueber die Durchführung des SA.-Verbotes in Mecklenburg-Schwerin wird von zuständiger Stelle im Innenministerium erklärt, daß selbstverständlich das Reichsverbot auch in Mecklenburg-Schwerin durchgeführt werde. In welcher Art diese Durchführung zu erfolgen hat, darüber wird von der Regierung vorläufig noch keine Auskunft erteilt. Jedoch wird betont, daß die Exekutivmaßnahmen wohl in erster Linie bei den lokalen Stellen zu treffen seien. Die Durchführung des SA.-Verbots müsse sich nach den örtlichen Verhältnissen richten.

Zu einer polizeilichen Durchführung und Schließung des Braunen Hauses in Rostock, in dem sich die örtliche Geschäftsstelle und das SA.-Heim der NSDAP. in Rostock befinden, lag, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, bisher kein Anlaß vor.

Die Berliner Presse.

Berlin, 14. April. Das Verbot der SA.- und SS.-Formationen wird von der Berliner Morgenpresse sehr lebhaft erörtert. Die der Regierung nahestehenden Zeitungen begrüßen das Verbot als eine notwendige Maßnahme, die im Interesse der Staatsautorität erfolgen mußte. Es handle sich um eine vom nackten Staatsinteresse diktierte reinliche Scheidung zwischen der legitimen staatlichen Gewalt und illegitimen privaten Machtbestrebungen. Die „Vossische Zeitung" schreibt, daß die Auflösung der Kampforganisationen der NSDAP., wenn auch ohne Härte, so doch mit äußerster Konsequenz durchgeführt werde. Das „Berliner Tageblatt" spricht von einer „Notwehr des Staates". Der „Vorwärts" betont, daß die Hitlerpartei als politische Organisation nicht berührt werde. Sie solle wie jede andere Partei werben können, aber auch nur wie jede andere Partei. Der „Börsen-Courier" weiß zu melden, daß sich Minister Groener mit allem Nachdruck für das Verbot eingesetzt habe und sein Verbleiben im Amte davon abhängig gemacht habe. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" nennt die Begründung der Auflösung „keineswegs überzeugend" und äußert außenpolitische Bedenken. „Lokalanzeiger" und „Tag" verweisen auf die „Privatheere" anderer Parteien und geben der Ansicht Ausdruck, daß das Nichteinschreiten gegen das Reichsbanner das einseitige Vorgehen der Reichsregierung enthülle. Die „Börsenzeitung" befürchtet, daß jetzt alle Unterorganisationen, die nicht mehr in den Händen der Führer seien, in stärkste Erregung geraten werden.

Verbot der „Hitlerjugend" in Preußen.

Berlin, 14. April. Wie das Konti-Büro erfährt, ist auch heute die Hitlerjugend verboten worden. Das Verbot erstreckt sich vorläufig nur auf den Gesamtbezirk Berlin. Es ist jedoch anzunehmen, daß auch in anderen Teilen Preußens das Verbot für das Weiterbestehen der Hitlerjugend ausgesprochen wird.

Volkssportverein verboten.

Berlin, 14. April. In den durch die Notverordnung verbotenen Organisationen der Nationalsozialisten ist heute der „B. Z." zufolge auch noch der sogenannte Volkssportverein hinzugekommen. Der Volkssportverein hatte sich nach der „B. Z." nach außen hin als eine Sportvereinigung getarnt und unter dieser Tarnung die Erlaubnis erhalten, auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz seine Uebungen abzuhalten.

Frick: Anfechtung der Präsidentenwahl.

Bonn, 13. April. Der frühere thüringische Minister Dr. Frick hielt hier heute Abend eine Rede, in der er sich zunächst über die Reichspräsidentenwahl vom 10. April verbreitete und bemerkte, daß die NSDAP. die Wahl anfechten werde, da die nach der Reichsverfassung garantierte Wahlfreiheit nicht gewährt worden sei.

Aufruf Hitlers an die ehemaligen Kameraden der SA und SS.

Berlin, 14. April. Adolf Hitler hat zu dem SA.- und SS.-Verbot einen Aufruf erlassen, in dem er die ehemaligen Kameraden der SA. und SS. auffordert, als Parteigenossen ihre Pflicht zu erfüllen, indem sie sich in den Sektionen und Ortsgruppen zur politischen Wahlarbeit freiwillig mehr als je zuvor zur Verfügung stellen. Gebt, so heißt es weiter, den augenblicklichen Machthabern keinen Anlaß, unter irgendwelchen fadenscheinigen Vorwänden die Wahlen aussetzen zu können. Wenn Ihr Eure Pflicht erfüllt, wird dieser Schlag des Generals Groener durch unsere Propaganda tausendfach auf ihn selbst und seine Bundesgenossen zurückfallen.

Preußischer Demonstrations-Erlaß.

Berlin, 14. April. Wie der Amtliche preußische Pressedienst mitteilt, hat der preußische Minister des Innern folgenden Erlaß an alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden gerichtet: In Abweichung von der Bestimmung des Abs. 4 der Anordnung betreffend das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vom 31. Oktober 1931 ermächtige ich die Regierungspräsidenten, für die Stadt Berlin den Polizeipräsidenten, in der Zeit vom 17. April 1932 bis auf weiteres auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorhergestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungestörte Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.

Nationalfeiertag in Spanien.

Madrid, 14. April. Ganz Spanien feiert heute den ersten Jahrestag der Proklamation der Spanischen Republik als einen Nationalfeiertag. Alle Aemter, Geschäfte und Fabriken sind geschlossen. Die Straßen tragen Fahnen und Guirlandenschmuck. Auf den Straßen werden noch französischer Sitte Tänze aufgeführt.

Intervention der autonomen Verbände

beim Finanz- und Innenminister.

Prag, 14. April. Die Vertreter aller autonomen Organisationen in der Tschechoslowakischen Republik verhandelten heute mit dem Finanzminister Dr. Trapl und dem Innenminister Dr. Slavik über die Bedürfnisse der Autonomie. Hiebei verwiesen sie hauptsächlich auf die kritische finanzielle Lage und ersuchten um schleunige Abhilfe. Beide Minister sagten zu, den vorgebrachten Forderungen allseitige Unterstützung zu widmen.

Gegen einen Gehaltsabbau der Staats- und öffentlichen Angestellten.

Das Kartell der Verbände der öffentlichen Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbunde befaßte sich in seiner Sitzung am 13. April d. J. mit den in der Tagespresse immer wieder auftauchenden Berichten über einen von der Finanzverwaltung neuerlich beabsichtigten Anschlag auf die Bezüge und Ruhegenüsse der Staats- und öffentlichen Angestellten. Der Ministerpräsident und der Finanzminister haben zwar den Vertretern der Gewerkschaftsorganisationen bei verschiedenen Versprechen wiederholt erklärt, daß derzeit die Regierung sich mit einem solchen Plane nicht beschäftige. Da aber trotzdem die beunruhigenden Gerüchte immer wieder im Umlauf stehen, sieht sich das Kartell veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die Staats- und öffentlichen Angestellten schon seit Jahren im Interesse der Staatsfinanzen in die Milliarden gehende Opfer gebracht haben. Besonders schwer betroffen wurden sie auch durch die Notgesetze und Sparmaßnahmen des letzten Jahres. Das Kartell der Verbände der öffentlichen Angestellten im Deutschen Gewerkschaftsbunde stellt daher fest, daß für jeden von der Finanzverwaltung etwa beabsichtigten weiteren Abbau an den Bezügen der Staats- und öffentlichen Angestellten oder eine weitere Verschlechterung ihrer dienstrechtlichen Verhältnisse jedwede Berechtigung fehlt und warnt deshalb sowohl im Interesse der Angestellten als auch im Interesse der Volkswirtschaft vor einer weiteren Herabdrückung der Existenzbedingungen.

Der Inkompatibilitätsausschuß des Abgeordnetenhauses, der kürzlich neu gewählt worden war, hielt Donnerstag vormittags seine konstituierende Sitzung ab, in der zum Vorsitzenden der tschechische Genosse Remeš, zu seinen Stellvertretern Horak (Gewerbep.), Nejezchleb-Marcha (Nat.-Dem.) und Genosse Pohl gewählt wurden.

Grenzvertrag mit Rumänien. Im Einlauf der gestrigen Parlamentssitzung befand sich der Regierungsantrag eines Verfassungsgesetzes, durch das die Grenzverhältnisse mit Rumänien geregelt werden sollen. Die Gültigkeit des Verfassungsgesetzes vom Jahre 1920 über die Regelung der Staatsgrenzen mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn soll demnach auch auf den zugleich vorgelegten Grenzvertrag mit Rumänien erweitert werden. Der Vertrag enthält ausführliche Bestimmungen über die Festsetzung und Markierung der Staatsgrenze, über die Erhaltung der Grenzzeichen, über die wasserrechtlichen Verhältnisse an der Grenze, über die Grenzflüsse, öffentliche Grenzstraßen und Wege, über Eisenbahnfragen, Fischereirecht und Erleichterungen bei der Grenzüberschreitung.

Richtigstellung. In unserem gestrigen Bericht über die kommunistische Versammlung in Dux hat sich ein unliebsamer Druckfehler eingeschlichen. Die Zahl der Versammlungsteilnehmer soll richtig 3000 bis 4000 lauten. Der Druckfehlerteufel hatte daraus 300 bis 400 gemacht. Keineswegs war damit irgend eine Absicht verbunden. Das absichtliche Anhängen oder Abstreichen von Nullen an derartigen Ziffern überlassen wir schon lieber den Berichterstattern der gegnerischen Presse.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Samstag.

Prag: 11.00 Schallplatten. 15.30 Buffo-Arien. 18.25 Deutsche Sendung: Karpe: Zum 50. Geburtstage Stokowskis. 19.55 Blasmusik. — **Brünn:** 16.00 Frauenfunk. 18.25 Deutsche Sendung: Frühlingslieder. 19.35 Volkslieder. 21.00 Orchesterkonzert. — **Mähr.-Ostrau:** 22.25 Bunter Abend. — **Preßburg:** 12.35 Orchesterkonzert. 17.30 Marionettentheater. 21.00 „Das Mädchen aus Elizonda", Operette von Offenbach. — **Königsberg:** 19.10 Männerchöre. — **Königswusterhausen:** 20.00 Kabarett. — **Mühlacker:** 16.30 Mundharmonikakonzert. 19.35 Mandolinenkonzert. — **München:** 17.30 Kammermusik-Trio. — **Wien:** 20.25 „Kindertragödie" von Schönherr. 22.20 Tanzmusik.

Bürgerliche Front gegen die Mieter.

Christlichsoziale, Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, Deutschnationale gegen den Mieterschutz und für die Hausherren.

Die deutschen Hausbesitzervereine haben am Sonntag in Reichenberg eine Versammlung abgehalten, in welcher sie ihrer Wut über den Wohnungsgesetzentwurf des Ministeriums für soziale Fürsorge freien Lauf ließen. Daran wäre nichts besonderes und jedermann würde den geplagten und ausgebeuteten Hausherren dieses ungefährliche Vergnügen gönnen; wichtig an der Tagung ist nur, daß alle deutschen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme die Gelegenheit benützt haben, den Hausbesitzern von neuem zu versichern, daß sie auf ihre volle Unterstützung rechnen können.

Was verlangen die Hausbesitzer? Der Obmann ihres Reichsverbandes, Dr. Maresch aus Aussig, stellte in seinem Referat Deutschland als Vorbild hin, wo vom 1. April 1932 auch die mittleren und größeren Wohnungen vom Kündigungsverbot ausgenommen wurden. Eine Aufwertung der Mietzinse um 40 Prozent des Vorkriegszinses reiche bei weitem nicht zu. Durch den Gesetzentwurf Dr. Czechs würden nur Mieter mit einem Einkommen von 30.000 bis 40.000 Kronen je nach der Kinderzahl durch die Zinserhöhungen erfaßt. Für alle übrigen Mieter, und das sind 90 Prozent, würde eine Mietzinserhöhung überhaupt nicht in Frage kommen. Von einem Baubeitrag der Hausherren und den übrigen geplanten neuen Maßnahmen wollen die Hausherren selbstredend nichts wissen. Die staatliche Förderung der Wohnbautätigkeit der Gemeinden und Baugenossenschaften ist ihnen ein Dorn im Auge. Die Bautätigkeit soll möglichst ausschließlich in private Hände gelegt werden, Hausbesitzer soll nur der Private sein.

Und vor allem: Der Gesetzentwurf des Genossen Dr. Czech, welcher diesen Bestrebungen am meisten im Wege steht, darf nicht verhandelt werden.

Die deutschen bürgerlichen Parteien sind bereit, sich nach diesen Forderungen der Hausherren zu richten. In der Entschließung, die in Reichenberg gefaßt wurde, heißt es:

Mit Genugtuung stellen wir fest, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien im Wohnungsausschuß den marxistischen Entwurf einmütig abgelehnt haben.

Wir fordern von allen bürgerlichen Vertretern auch weiterhin eine entschiedene Abwehr dieses Generalangriffes der Marxisten auf die bürgerliche Gesellschaftsordnung.

Wir fordern zur Gesundung des Wohnungswesens die aufrichtige Einlösung des Regierungsversprechens: Die endgültige Abschaffung der Wohnungszwangwirtschaft.

Wie würde die Durchführung dieser Forderung aussehen? Die meisten der bürgerlichen Parteien sind zu vorsichtig, um jetzt schon zu sagen, in welcher Weise sie die Wohnungsfrage „lösen" wollen. Als erster hat der Bund der Landwirte einen Entwurf vorgelegt, der genaue Angaben darüber enthält. Von der Bauförderung sind darin nur fast unmerkliche Spuren zurückgeblieben, umso klarer sprechen die Paragraphen über den Mieterschutz, bezw. das, was der Entwurf so zu nennen wagt. Wir führen alles, was dort über den „Schutz der Mieter" gesagt wird, wörtlich an:

Der Vermieter kann mit Inkrafttreten dieses Gesetzes dem Mieter mit ½jähriger Frist die innegehabte Wohnung aufkündigen, wenn das Jahreseinkommen des Mieters 30.000 Kronen überschreitet. In den Landeshauptstädten Prag, Brünn und Preßburg ist diese Aufkündigung nur bei Mietern mit einem Einkommen von über 40.000 Kč zulässig.

Alle sonstigen Mietverträge können vom Vermieter ab 1. Jänner 1933 mit einjähriger, ab 1. Jänner 1934 mit dreivierteljähriger, ab 1. Jänner 1935 mit halbjähriger, ab 1. Jänner mit einvierteljähriger Frist gekündigt und aufgelöst werden.

Ab 1. Jänner 1933 ist der Vermieter berechtigt, das Sechsfache des Vorkriegsmietzinses zu fordern, doch ist in diesem Falle eine Ueberwälzung des Kostenanteils für bauliche Herrichtungen auf den Mieter nicht zulässig.

Dieser Antrag ist einer der gewissenlosesten und verantwortungslosesten, die seit langem gestellt wurden. Er bedeutet, daß zehntausende Familien in den Ruin gestürzt werden sollen, damit ein paar Hausherren noch größere Einkünfte beziehen können. Er bedeutet, daß in acht Monaten alle Mieter, auch die ärmsten, den sechsfachen Mietzins zahlen müssen, daß sie, Arbeiter, Angestellte, Gewerbetreibende und Handwerker, ein Jahr später ohne Begründung aufs Pflaster gesetzt werden dürfen, wenn sie nicht noch mehr zahlen können, oder aus einem anderen Grund dem Hausherrn im Wege sind. Er bedeutet aber auch, daß die Bautätigkeit der Gemeinden und Genossenschaften unmöglich gemacht und privaten Unternehmern ausgeliefert wird, die nur soviel bauen werden, daß sie dabei einen möglichst großen Nutzen erzielen. Für die Neumieter bedeutet der Antrag, daß ihre Hoffnungen auf ein Sinken der Mietzinse in Neubauten und Wohnungen ohne Mieterschutz in nichts zerrinnen: denn wenn nicht ausgiebig, ohne Rücksicht auf Profit, gebaut wird, muß dies jähe Emporschnellen der Mietzinse in alten Häusern auf die Mietzinse in den andern einen solchen Druck ausüben, daß viele Neumieter froh sein müßten, wenn nicht auch von ihnen höhere Mietzinse gefordert werden würden. Und gerade die Neumieter sollen den Hausherren und den bürgerlichen Parteien als Sturmbock gegen den Mieterschutz dienen!

Die bürgerlichen Parteien tun alles, um die Hausherren in ihrem Ansturm gegen die Mieter noch zu bestärken. Die deutschen Christlichsozialen haben den Abg. Bobek zu der Reichenberger Tagung geschickt, die Deutschnationalen haben den Abg. Horpynka, die Gewerbeparteiler den Sen. Eichhorn und selbstverständlich hat auch die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft nicht zurückstehen wollen; in ihrem Namen hat Senator Kostka eine fulminante Rede gegen den Mieterschutz als „Sozialisierung auf kaltem Wege" losgelassen.

Vor der Bevölkerung aber geben sich alle als die wärmsten Mieterfreunde aus. Die Mieter werden gut daran tun, den Herren beizeiten auf die Finger zu sehen und sie zu zwingen, klare Farbe zu bekennen.

Ein Jubiläum des Aufbaues und Fortschrittes:

Spanien - ein Jahr Republik

Ein großes Werk getan — ein größeres begonnen.

Am 14. April 1931 brach eine Säule der Reaktion und des Despotismus in Europa zusammen: die Machthaber der Monarchie Spanien flohen und die Vertrauensmänner eines demokratischen Volkes nahmen ihre Plätze ein. Nicht durch Terror und Gewalttaten hatte die Demokratie ihren Sieg errungen, nein, die eindeutige Entscheidung des Volkes bei den Gemeindewahlen mußte alle, selbst die Monarchisten, davon überzeugen, daß für Alfons, Berenguer und Romanones kein Platz mehr im Escorial war. Alle auch noch so bissigen Spötter hatten Gelegenheit, zu erkennen, daß es eine Revolution des Stimmzettels gibt. Die Vorgänge in Spanien wurden zu einem europäischen Ereignis erster Ordnung. Die Reaktionäre ganz Europas hatten in Spanien eine Schlacht verloren, sie versuchten die spanische Revolution zu diskreditieren, indem sie sie nach berühmtem Muster ein Werk der Juden und der Freimaurer nannten und erst reichlich spät gaben die fascistischen und halbfascistischen Staaten der jungen Republik ihre Anerkennung. Auch der internationale Sozialismus richtete seine Blicke nach den Pyrenäen, die Arbeiterschaft teilte die Freude ihrer spanischen Brüder und verstand sehr gut, was es bedeutet, wenn Hunderttausende, wenn Millionen Menschen aus dem Zustand des Schlummers in den Zustand des Erwachens und des Kampfes übergehen.

Den bürgerlichen, republikanischen Parteien Spaniens war es klar, daß ohne die Arbeiterklasse, als den Kern der Kampftruppen gegen die Diktatur, kein entscheidender politischer Schritt unternommen werden könne. Die sozialistische Partei hatte im Aktionskomitee, das vor dem Sturz der Monarchie alle fortschrittlichen Elemente zusammenfaßte, eine führende Rolle. Alcala Zamora, heute der erste Präsident der Republik, der der sozialistischen Bewegung fern steht, hat für sie Worte bewundernswerter Anerkennung gefunden: „Die sozialistische Partei . . . wurde von hervorragenden Führern gekräftigt und von einer wunderbar erzogenen, disziplinierten Masse gestützt. Die Partei war durchdrungen von der klaren Erkenntnis der nationalen Möglichkeiten und der notwendigen Revolution und ebenso von der Erinnerung an eine ebenso kluge, wie ehrenwerte Verwaltung in jeder Gemeinde, wo sie vertreten war."

War die Revolution ein Werk der Arbeiterklasse und ein Triumph des Sozialismus, so war das erste Jahr Republik ein Siegeszug der sozialistischen Partei. Sozialisten sind Bürgermeister der größten spanischen Städte, Sozialisten sitzen in der Regierung, die sozialistische Fraktion ist die stärkste der „Cortes constituventes", der Genosse Besteiro präsidiert. Es zeigt sich, wie sich schon rein äußerlich das Bild zugunsten der Arbeiterschaft verschoben hat, noch beachtenswerter sind die in das wirtschaftliche und politische Leben des Landes tiefeinschneidenden Reformen, die das Werk der republikanischen Regierung sind.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung hat eine Verfassung geschaffen, die gewiß die demokratischeste Europas ist, selbst in Weimar wurde keine vollkommenere Arbeit geleistet, denn Spanien wird zur „demokratischen Republik der Arbeiter aller Art, welche sich unter dem Regime der Freiheit und der Gerechtigkeit organisiert." Die Gesetzgebung liegt in den Händen der Nationalversammlung, die nur aus einer Kammer besteht. Die Macht des Präsidenten ist sehr begrenzt, er muß sogar abdanken, wenn es drei Fünftel der Parlamentsmitglieder verlangen. Volksbegehren und Volksentscheid wurden nach deutschem Vorbild in die Verfassung aufgenommen. Einen Artikel 48 gibt es nicht, also jeder Versuch, von oben aus eine Diktatur in den Sattel zu heben, wird von vornherein vereitelt.

Dem neuen Spanien ein demokratisches Gewand zu geben war wichtig, aber noch notwendiger war es an die Heilung der brennendsten Wunde, an die Lösung der Agrarfrage heranzugehen. Spaniens Kleinbauern wurden schwer von der Agrarkrise betroffen, sie hatten Hunger nach Land und sahen sich den Latifundienbesitzern gegenüber, denen 80 Prozent des spanischen Bodens gehörten. Hier mußte also die gesetzgeberische Arbeit der Republik mit aller Intensität einsetzen. Rechtliche Hindernisse, die sich einer neuen Agrargesetzgebung in den Weg stellen würden, gibt es nicht, denn in der spanischen Verfassung ist nicht die Redensart zu lesen, daß das Privateigentum unter dem besondern Schutz des Staates steht, wohl aber heißt es: „Eigentum jeder Art kann zwangsweise enteignet werden aus Gründen des sozialen Nutzens gegen eine angemessene Entschädigung, sofern nicht das Parlament mit absoluter Mehrheit eine andere Entscheidung trifft." Auf diesem Satz der Verfassung basieren die neuen Agrargesetze, deren Zweck es ist, die Latifundien, die herrschaftlichen Lehnsgüter, aufzulösen und Pächter, Kleinbauern und Landarbeiter anzusiedeln. Auf den Trümmern des untergehenden Feudalsystems soll ein freier Bauernstand erstehen.

Man hat vor einigen Jahren Kemal Pascha bewundert, weil er es fertigbrachte, durch Jahrhunderte hindurch eingewurzelte Institutionen über den Haufen zu werfen, als er Harem, Fez und die Macht des Islam beseitigte. Was Spaniens Republikaner vollbrachten, erscheint nicht weniger umstürzlerisch. Die Türkei und das Spanien der vorrepublikanischen Zeit weisen zwei interessante Parallelerscheinungen auf: die geknechtete Stellung der Frau und die Allmacht der Religion und ihrer Würdenträger.

Die Frau des alten Spanien war vor ihrer Ehe sorgsam von den Eltern eingeschlossen: unselbständig und unwissend in jeder Hinsicht, wuchs sie heran und in der Ehe war sie rechtlos, der kirchlichen Auffassung gemäß Dienerin des Mannes. Die Frau erfüllte zur Zufriedenheit die alte katholische Forderung, daß man nur zweimal von ihr hören dürfe, wenn sie heiratet und wenn sie stirbt. Nun deklarierten die Cortes die Gleichheit der Rechte beider Geschlechter, sie entthronten den „pater familias", der nach dem bürgerlichen Gesetzbuch noch immer das Haupt der Familie ist. Die Ehe kann nun auch unter Anführung eines gerechten Grundes getrennt werden. Durch die Initiative der sozialistischen Partei gelang es, der Frau, die bisher nur das passive Wahlrecht hatte, auch das aktive zu erobern.

Spaniens Kirche war die festeste und mächtigste in ganz Europa, sie war die Stütze des Throns und ist heute noch die letzte Repräsentantin des alten Spanien. Sie ihres politischen Einflusses, ihrer wirtschaftlichen Macht zu entkleiden und sie von jeder Mitarbeit an der Jugenderziehung auszuschließen, mußte die Aufgabe der Republik werden. Die Trennung von Kirche und Staat wurde vollzogen, das Konkordat, das aus dem Jahre 1851 stammt, wurde gekündigt, der Jesuitenorden aufgelöst und die Säkularisierung der Kirchengüter wird vorbereitet. Der Katholizismus hat mit einem Schlag aufgehört, eine politische Rolle zu spielen, denn „es soll in Spanien keine Staatsreligion mehr geben".

Damit ist die Reihe der großen Probleme, an deren Lösung man in Spanien geht, noch nicht erschöpft. Von besonderer Wichtigkeit ist die Catalanenfrage. Die Catalanen wurden unter der Diktatur besonders stiefmütterlich behandelt, der catalanische Landtag, der den schwachen Ansatz einer regionalen Autonomie bedeutete, wurde beseitigt, und zum Protest gegen diesen Willkürakt gewann in Barcelona, dem Mittelpunkt des catalanischen Gebietes, eine nationalrevolutionäre Bewegung an Boden, die sich für einen catalanischen Staat in loser Verbindung mit den übrigen Teilen Spaniens einsetzte. Die separatistischen Tendenzen der catalanischen Partei machten sich in den ersten Wochen auch gegenüber der Republik geltend, dann gab aber ihr Führer Oberst Macia nach und war damit zufrieden, daß Catalanien zur autonomen Provinz einer einheitlichen und unteilbaren Republik wurde. Auch in der Verfassung wurden die Grundsätze der Gebietsautonomie verankert und es wird gewissen Provinzen überlassen, administrative Einheiten zu bilden.

Eine Reihe anderer wichtiger Fragen kann hier nur angedeutet werden. Eine neue nichtkonfessionelle Schule ist im Entstehen. Unter Caballero, dem sozialistischen Arbeitsminister, wird ein neues Arbeitsrecht vorbereitet. Das spanische Finanzministerium bemüht sich mit aller Energie, der Krise Herr zu werden und durch Erhöhung der Erwerbsteuer das Budget im Gleichgewicht zu erhalten.

Die spanische Republik feiert ihr einjähriges Jubiläum. In diesem ersten Jahr ihres Bestandes hat sie glänzend ihre Existenzberechtigung erwiesen, sie hat Großes, Bewundernswertes geleistet und hat viele Staaten, die sich „demokratisch" nennen, in der Entwicklung überholt. Was vor kurzem noch unglaublich erschienen wäre, ist eingetreten, die iberische Halbinsel ist aus einem Hort des Rückschritts zu einem Bollwerk der Demokratie und zum vorbildlichen Wegweiser der sozialen Evolution geworden. Darum begleiten die Sozialisten Europas die spanische Republik und ihre mutige, kampfesfreudige Arbeiterklasse, die die Seele des neuen Staates ist, mit den besten Wünschen in das zweite Jahr.

Walter Kolarz

Tagesneuigkeiten

Blutige Schienen.

Mähr.-Ostrau, 14. April. Gestern nachmittag warf sich in Friedek der 40jährige Photograph Josef Bužga aus Friedek, unter die Lokomotive eines Zuges. Der Körper des Selbstmörders wurde vom Zug in zwei Stücke gerissen. Die Ursache des Selbstmordes ist bisher unbekannt.

In Svinov hat der 22 Jahre alte Fleischergeselle Franz Fojtik aus Klimkovic Selbstmord begangen. Er legte sich in dem Moment auf die Schienen der Eisenbahnlinie Polanka—Svinov, als ein Personenzug heranfuhr. Die Lokomotive riß dem Selbstmörder den Kopf vom Rumpf ab. Die Ursache des Selbstmordes Fojtiks soll in finanziellen Verhältnissen und Familienzwistigkeiten liegen.

Gestern nachmittags wurde in Reichenberg der 7jährige Gerhard Rausch vom Motorzug der elektrischen Straßenbahn erfaßt. Er erlitt schwere Verletzungen und war auf der Stelle tot.

Der Kreuger-Skandal.

Stockholm, 14. April. Die Londoner „Financial Times" hatte behauptet, daß sich falsche ausländische Bonds in Höhe von etwa 300 Millionen Kronen unter den Aktiven der Kreuger und Toll A.-G. befinden sollten. Die Stockholmer Morgenzeitungen wollen wissen, daß dieses Gerücht den Tatsachen entspricht.

Bestimmte Angaben waren bisher nicht zu erhalten. Alles spricht aber dafür, daß es sich so verhält, wie die „Financial Times" meldet. Die Fälschungen dürften in italienischen Schatzanweisungen bestehen, deren Echtheit von italienischer Seite bestritten wird, da Kreuger überhaupt keinerlei Geschäftsverbindungen mit Italien unterhalten hat.

Die Vulkane.

Valparaiso, 14. April. (Reuter.) Die Tätigkeit der acht Vulkane hat nachgelassen, doch steigt immer noch aus sieben Vulkanen dichter Rauch auf. Es scheint, daß alle Gefahr bereits vorüber ist. Nachrichten aus amtlichen chilenischen Kreisen besagen, daß der Aschenregen über das ganze mittlere Gebiet Südamerikas niedergegangen ist, darunter auch über Patagonien und Juan Fernandez, der Insel Robinson Crusoes.

Moskau, 14. April. Auf der Insel Swinoj, 30 Meilen von Baku entfernt, ist ein Vulkan in Tätigkeit getreten. Der in der Nähe befindliche Dampfer „Jacob Swin" hat sofort Rettungsmaßnahmen für die Einwohnerschaft getroffen. Es wurden 18 Personen mit starken Brandwunden an Bord genommen, fünf Personen sind in den Flammen umgekommen.

Die Deserteure.

Die Berliner „Rote Fahne" besitzt die Stirn, das Ueberlaufen von braunschweigischen KPD-Funktionären zu den Nazis zu „dementieren".

Dazu bemerkt der sozialdemokratische Braunschweiger „Volksfreund":

„Das Zentralorgan der Thälmänner glaubte bisher den schlechten Eindruck der tatsächlich erfolgten Desertion aus den Reihen der KPD. verwischen zu können. Demgegenüber stellen wir fest: In Schöningen sind 10 bisher aktive kommunistische Funktionäre zu den Nazis übergelaufen. Es handelt sich um aktive Kommunisten, die noch bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gebrüllt haben: „Hitler verrecke!" Heute sind sie bei der Schöninger SA., von der sie eingekleidet und mit ihren Familien verpflegt worden sind. In Blankenburg-Harz haben sich, nach einer Meldung der dortigen Nazi-Parteileitung, 12 kommunistische Funktionäre und Mitglieder zur NSDAP. angemeldet. Ein Teil ist bereits in der letzten Mitgliederversammlung der Nazis präsentiert worden. Unter denen, die sich zur Anmeldung bereit fanden, befindet sich auch ein prominenter, von der KPD. gemaßregelter Funktionär, der auf Geheiß der Nazis erst einmal ein Jahr Karenzzeit durchmachen soll. Aehnliche Zerfallserscheinungen der KPD. sind aus Langelsheim, aus Schöppenstedt und aus Wolfenbüttel gemeldet. Wir werden allen diesen Dingen genau nachgehen und den Beweis antreten, daß die KPD. von heute nur noch eine Vorfrucht des Fascismus ist."

Ziehung der Klassenlotterie

20.000 K: 32.254, 50.867, 62.500.

10.000 K: 4327, 8526, 17.739.

5000 K: 2283, 15.691, 21.886, 22.890, 43.323, 46.804, 48.020, 73.776, 76.377, 86.499, 89.357, 91.778, 102.322, 103.926.

2000 K: 169, 3390, 4801, 5496, 6246, 6116, 8129, 8286, 10.225, 11.914, 13.041, 13.428, 15.223, 16.801, 18.513, 19.115, 20.315, 22.326, 23.434, 24.951, 25.889, 26.765, 27.858, 28.828, 29.010, 29.177, 31.822, 32.429, 33.428, 34.296, 35.938, 36.049, 40.488, 41.448, 41.590, 42.298, 43.927, 46.112, 46.373, 46.624, 53.265, 53.498, 56.237, 60.380, 61.167, 61.263, 63.090, 63.579, 64.890, 65.770, 68.779, 68.700, 69.036, 73.827, 74.016, 76.282, 77.340, 77.362, 78.453, 80.846, 80.860, 82.501, 83.011, 83.211, 83.529, 88.939, 89.139, 100.289, 102.225.

Broumarsky und andere Blutgeschichten.

Wie einige Prager Blätter meldeten, gefällt dem emeritierten Prager Henker sein neuer Beruf als Bilderhändler beim Nationaltheater nicht recht; er hat darum — bildlich gesprochen — zu seiner alten Leiste, will sagen dem Galgen gegriffen und bewirbt sich um den Scharfrichterposten in Budapest. Ob seine berufliche Begeisterung damit rechnet, unter Horthys Humanität mehr Betätigungsfeld für aktive Galgenarbeit und auch für Interviews mit Zeitungsfritzen zu finden, die ihren Lesern nicht nur die Gedanken des Gehenkten, sondern auch die Gefühle des Henkers übermitteln zu müssen glauben, bleibe dahingestellt. Jedenfalls scheint nicht mehr jedes ehrbare Handwerk seinen Meister zu nähren.

Im „Ceské Slovo" hat vor Wochen eine Frau angezeigt, daß sie Blut zur Transfusion für ihren kranken Gatten suche; darauf haben sich 48 Opferwillige gemeldet, die auf diese Weise den entbehrlichen Teil ihres Leibes zur Nahrung wandeln wollten. Das Gewerbe des Blutverkaufens blüht nach Meldungen der „Arbeiter-Zeitung" besonders in U. S. A.; es gibt dort bereits ein Konsortium, das sich mit der Vermittlung dieses einträglichen Geschäfts befaßt und durch rationellen Betrieb den Preis von 100 Dollar pro Liter auf 70 Dollar herabdrücken will. Dabei wird gar nicht in Abrede gestellt, daß es sich um Arbeitslose handelt, die in ihrer Verzweiflung zu diesem Hungerstillungsmittel greifen. Bezeichnend für den Zug unserer wohltätigen Gesellschaftsordnung ist jedenfalls, daß sich sogleich fixe Jungens finden, die aus diesem Jammer ihr Kapital zu schlagen wissen. Der Blutopferungswillige wird also von dieser Gesellschaft sozusagen gegen ein fixes Pauschale an Krankenhäuser vermietet, solange eben sein Blutvorrat reicht; ob man ihm dann das berühmte ehrliche christliche Begräbnis auf Gesellschaftskosten zubilligen wird, bleibt bis nun ungeklärt.

Henker und Hunger: das sind die einzig sicheren Aussichten des Proleten in unserer Kulturepoche, über die die Geschichte wird dereinst ihr Urteil sprechen. W. Lg.

Der „Geist" der Berliner SA.

Bei der Schließung eines SA.-Heimes in der Berliner Fasanenstraße fanden die Polizeibeamten an Schränken und Wänden sinnvolle Inschriften vor, die beweisen, wes Geistes Kinder die „Erneuerer" Deutschlands sind. Die Verse beginnen mit „Heil Hitler!" und dann heißt es:

Die SA. ist eine Formation,
welche bekämpft: Judengeschmeiße und Marxismenkorruption.
Möge dieses Gesindel uns verbleiben in allen Eden,
Uns können sie . . . . .

Der zweite „Sinnspruch" lautet folgendermaßen:

Die SA. ist auf dem Marsch,
Brüning, Severing und Gesindel,
Bald kommt die Zeit, wo euer weichen Birnen
Rollen in den Dreck.
Mit Hitler Heil! die stets auf dem Posten stehende SA. West.

„Die Rationalisierung und ihre sozialen Auswirkungen." Unter diesem Titel ist eine vom Ministerium für soziale Fürsorge herausgegebene Publikation erschienen, welche die deutsche Uebersetzung des Kapitels über die Rationalisierung aus dem letzten Gewerbeinspektionsbericht enthält. Es ist sehr zu begrüßen, daß das Ministerium eine deutsche Uebersetzung herausgegeben hat, weil so alle diejenigen, welche die tschechische Sprache nicht beherrschen, dieses wertvolle Material über die Rationalisierung in der Tschechoslowakei benützen können. Wie unsere Leser wissen, haben wir einen Auszug aus dem Gewerbeinspektionsbericht sofort nach Erscheinen gebracht und in einer Reihe von Notizen, insbesondere das Material über die Rationalisierung auszugsweise wiedergegeben.

Das Geheimnis des Toten. Im Feber wurde in einem Klosett des Teplitzer Hauptbahnhofes ein Mann tot aufgefunden; der Unbekannte, der keinerlei Ausweispapiere bei sich führte, hatte sich durch einen Revolverschuß entleibt. Als Namenloser wurde er auf dem Teplitzer Friedhofe beerdigt. Nunmehr, nach mehr als acht Wochen seit der unseligen Tat, ist es gelungen, die Identität des Lebensmüden festzustellen. Es handelt sich um den 30jährigen Photographengehilfen Karl Persche, der sich am 1. Feber d. J. von seinem Dienstorte in Krayan entfernte und seither verschollen war. Die hochbetagte Mutter des Persche, die in Trautenau wohnt, vermag über die Ursache des Freitodes keine Gründe anzugeben.

Ein Offizier verübt Selbstmord. In Lewenz (Slowakei) hat der 30jährige Oberleutnant Karl Sladek in Abwesenheit der Eltern in der Wohnung Selbstmord durch Revolverschuß verübt. Der Grund ist angeblich Nervenzerrüttung.

Jahrelang in einem Ziegenstall gefangengehalten. Ein aus der Ortschaft Wiessen ins Podersamer Krankenhaus eingeliefertes Mädchen, die Tochter einer Landwirtin, ist dieser Tage an einer Lungenentzündung verstorben. Das Mädchen stand im 22. Lebensjahre und war sowohl geistig wie körperlich stark zurückgeblieben. Verschiedene nach dem Tode aufgetauchte Gerüchte veranlaßten die Sicherheitsorgane, Nachforschungen anzustellen, deren Ergebnis nunmehr insoferne vorliegt, als festgestellt werden konnte, daß die Mutter das Mädchen lange Jahre hindurch im Ziegenstall des Anwesens gefangengehalten hatte und ihm Nahrung nur gerade soviel zukommen ließ, daß es nicht verhungerte. Das Mädchen litt an Epilepsie und war dadurch der Mutter lästig. Häufig verprügelte die unmenschliche Mutter das unglückliche Wesen in so brutaler Weise, daß die Schmerzensschreie des Mädchens in der Nachbarschaft gehört wurden. Bezeichnenderweise erstattete keiner der Dorfbewohner die Anzeige gegen die barbarische Mutter, die häufig auch das Mädchen im Stalle angebunden hatte, damit es während ihrer zeitweiligen Abwesenheit das Gefängnis nicht verlassen konnte. Die Gendarmerie hat die in der Angelegenheit erforderlichen Schritte eingeleitet.

Zwanzig Jahre und zwölf Tage. So ist der Titel des Leitartikels des gestrigen „Ceské Slovo", in welchem erzählt wird, daß dieser Tage wieder Arbeiter der Skoda-Werke in Pilsen entlassen werden. Die Arbeiter erhalten eine Abfertigung, die entsprechend den Jahren, die sie im Betrieb verbracht haben, gestaffelt ist. Die Höhe der Abfertigung ist gleich dem Arbeitslohn für 4 bis 12 Tage. Wenn also ein Arbeiter zwanzig Jahre in den Skoda-Werken geschuftet und dieser Gesellschaft Reingewinne zu erzielen geholfen hat, wenn er seine Gesundheit und seine ganze Kraft durch zwei Jahrzehnte dem Unternehmen geschenkt hat, erhält er eine Abfertigung in der Höhe eines zwölftägigen Lohnes. Nicht besser kann die Grausamkeit und Unmenschlichkeit des Kapitalismus charakterisiert werden.

Grausiger Fund. Mittwoch nachmittag fanden zwei Wiener Arbeiter in Ottakring auf einem Platze ein in ein braunes Papier gehülltes Paket. Sie entfernten die mehrfachen Hüllen und fanden dann einen großen Knochen, an dem noch Fleisch und Fetteile hafteten. Sie übergaben den Fund auf dem Polizeikommissariate ab. Der Knochen wurde vom Gerichtsarzt untersucht und dieser stellte mit großer Wahrscheinlichkeit fest, daß es sich um die Hälfte eines menschlichen Beckenknochens handelt. Ob der Knochen von einem Manne oder von einer Frau herrührt, kann vorläufig nicht gesagt werden. Ebenso kann nicht gesagt werden, ob ein Zusammenhang zwischen dem gestrigen Knochenfund und dem Fund der Fett- und Fleischteile vom Sonntag besteht.

Zum dritten Male begnadigt. Der im Jahre 1912 wegen Raubmords zum Tode durch den Strang verurteilte Rudolf Stebetak, der auf Grund eines Gnadenaktes des Kaisers Franz Joseph zu lebenslänglichem Kerker eingesperrt wurde und im Jahre 1927 bedingt entlassen worden war, hatte, da er im Vorjahre wegen Diebstahlsteilnahme zu vier Monaten Kerker verurteilt worden war, nun die lebenslängliche Kerkerstrafe absitzen müssen. Bundespräsident Miklas hat nunmehr auf Antrag des Obersten Gerichtshofes Stebetak vom lebenslänglichen Kerker gleichfalls begnadigt.

Mit dem Gummiknüppel. Mehrere hundert Kommunisten mit Frauen und Kindern versuchten gestern die Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung in Emden zu stören. Das Wohlfahrtsamt mußte die Auszahlung auf etwa zwei Stunden unterbrechen. Die Polizei räumte den Platz mit dem Gummiknüppel. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt.

Das Selbstverständliche wird Gesetz. Das englische Unterhaus hat den Gesetzentwurf über die Bewilligung von Sonntagsvorstellungen in den Kinotheatern, von Musikdarbietungen und Vorträgen in zweiter Lesung mit 225 gegen 217 Stimmen angenommen.

Schreckenstat eines Entlassenen. In Sosnovice (Polen) hat der Friseurgehilfe Posylek seinen Chef, den Inhaber eines Friseurladens, durch mehrere Revolverschüsse getötet. Nach dieser Mordtat begab sich Posylek in die Wohnung seiner Braut, eines zwanzigjährigen Mädchens, die er gleichfalls durch Revolverschüsse tötete. Dann beging Posylek Selbstmord. Die Mordtaten beging der Friseurgehilfe deshalb, weil er seinen Posten verloren hatte.

Lindbergh-Suche in — Wien. Major Charles Schoeffel, der Beamte der New Jerseyer Polizei, der in Europa die Nachforschungen nach dem entführten Kind Lindberghs führt, ist Mittwoch in Wien eingetroffen. — Der bekannte Flieger Paul Rizzo teilte mit, er sei bereit, den Entführern des Kindes Lindberghs seine Frau und sein 16 Monate altes Söhnchen als Geiseln zu stellen. Er erklärt, er mache dieses Angebot mit Wissen und Zustimmung seiner Frau. Seinem Plane gemäß würden die Entführer seine Frau und sein Kind als Geiseln annehmen, ihm hiefür das Kind Lindberghs übergeben, welches Rizzo seinen Eltern zurückerstatten, von ihnen das vereinbarte Lösegeld erhalten und mit diesem von den Entführern seine Frau und sein Söhnchen loskaufen würde.

Die Besitzerstic. Im Zusammenhang mit dem blutigen Vorfall im Dorfe Petosevci bei Banjaluka in Bosnien richteten mehrere Abgeordnete an den Minister des Innern Srolić eine Interpellation, worin der ganze Vorfall eingehend dargestellt wird. Darnach hatte der reiche Grundbesitzer und gegenwärtige Bürgermeister von Banjaluka Hamsi Husejdjimović einen Gerichtsbeschluß erwirkt, wornach er wieder in den Besitz eines Grundstückes eingesetzt werden sollte, auf welchem die Familie des Bauern Husan Aljigić lebte. Hamsi begab sich mit seinem Bruder Semsi, dem Neffen Salić und fünfzehn Knechten in Begleitung einer Gerichtskommission und einer Gendarmeriepatrouille nach Petosevci. Obwohl eine dort postierte Gendarmeriepatrouille der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß infolge der großen Erregung der Bauernbevölkerung von der exekutiven Vertreibung der Familie Aljigić Abstand genommen werden sollte, bestand Hamsi auf der sofortigen Durchführung des Gerichtsbeschlusses. Als die Knechte des Hamsi die Wohnhütte der Familie Aljigić zu demolieren begannen, widersetzten sich die Familienmitglieder, worauf es zu dem blutigen Zusammenstoß kam. Hiebei wurden Tusan Aljigić und dessen zwei Söhne von der Gendarmerie getötet, der dritte Sohn des Aljigić, der Neffe des Hamsi, ein Knecht und zwei Gendarmen verwundet. Am nächsten Tage wurden die Opfer unweit des Tatortes beerdigt. Der Trauerfeier wohnte die Bauernbevölkerung von zwanzig Dörfern bei. Der Hinterbliebene der ums Leben gekommenen Familie Aljigić versuchte, Selbstmord durch Erhängen zu begehen. Der Vorfall hat im Gebiet des nordwestlichen Bosniens unter der Bevölkerung große Erregung hervorgerufen, da die verunglückten Bauern unbewaffnet waren, während die Gendarmerie und Hamsi von der Schußwaffe Gebrauch machten. Die Interpellanten verlangen dringende Aufklärung des Vorfalles. Nach einem Beschluß des Präsidiums des Parlamentes wird die Beantwortung sämtlicher Interpellationen erst nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten Dr. Marinković aus Genf erfolgen.

Das Hochwasser in der Ostslowakei verursacht Schäden, die sich bisher nicht gut abschätzen lassen, sind jedoch bedeutend sind. In Pavlovce riß das Hochwasser von den Feldern die Humusschichte weg und überschwemmte sieben Gemeinden. In Szenné steht das Wasser bis zu einem Meter hoch, so daß die niedrig gelegenen Wohnungen und Kellerräume überschwemmt sind. Die Erntevorräte in den Scheunen sind vernichtet. Die vom Hochwasser unterspülten alten Gebäude sind im Zerfallen begriffen. Viele Familien sind obdachlos. — Das Hochwasser der Theiß hat Mittwoch bei der ungarischen Gemeinde Tiszavalk die Dämme durchbrochen und das Dorf überschwemmt. Die Bewohner flüchteten auf eine Anhöhe. In die vom Hochwasser umgebene und infolge starken Wellenschlages der Fluten nur schwer erreichbare Gemeinde wurden Militärabteilungen zur Hilfeleistung abgeschickt. Auch die Gemeinde Tiszadorosma wurde infolge des Dammbruches überschwemmt. Nach einer Meldung aus Szegedin scheint dort die Hochwassergefahr beseitigt zu sein. Der Wasserstand der Theiß hat sich in den letzten vierundzwanzig Stunden nur um etwa 5 Zentimeter erhöht.

Wilhelm Busch.

Zur hundertsten Wiederkehr seines Geburtstages.

Am 15. April des Jahres 1832 wurde zu Wiedensahl im Hannöverschen der Welfe geboren, der nicht durch Maximen und Thesen, sondern durch die unerschöpfliche Fülle seines Humors jedem Deutschen unentbehrlich wurde — Wilhelm Busch. Hat er auch seine Vorgänger gehabt, wie den „Stricker", der um 1250 herum den Pfaffen Ameis schrieb, Sebastian Brant, den Dichter des „Narrenschiffs", vor allem den „Till Eulenspiegel", haben viele ihn nachzuahmen versucht — der Dichter-Maler des „Max und Moritz", des „Heiligen Antonius von Padua", der Schöpfer der „Frommen Helene" und der „Kritik des Herzens" ist ein Einmaliger. Er entstammte väterlicherseits einem alten Bauerngeschlechte, wenn auch Busch senior einen Kramladen betrieb. Die Mutter war eine Wundarztochter, mit familiärem Anhang in Pastorenkreisen. Sechs Geschwister folgten ihm und der Mutterbruder, Pastor Kleine in Ebergötzen bei Göttingen, zu dem der zehnjährige Wilhelm kam, um 14jährig mit ihm nach Lietzhorst bei Einbeck zu übersiedeln, wollte einen Techniker aus ihm machen. Er war ein eifriger Angler und erweckte im Knaben bereits das Interesse für das soziale Gebilde des Bienenstaates, das später im Künstler das köstliche Werkchen „Schnurrdiburr oder die Bienen" auslöste. Als der 15jährige Busch 1847 sich auf die Technische Hochschule in Hannover meldet, wird er trotz recht mangelhafter Vorbildung von deren Rektor wegen eines als Befähigungsnachweises vorgelegten Sonettes aufgenommen. Ein frühes Erkennen von Busch stärkster Begabung. Denn von zeitüberdauernder Bedeutung ist in Busch nicht sowohl der Zeichner und Maler, als vor allem der dichterische Weisheitkünder. Wenn Werke, wie etwa die antiklerikalen Satiren „Pater Filucius" und „Der heilige Antonius von Padua" samt ihrem Bildmaterial nur Zeugen vergangener Tage sein werden, wird die Alterslyrik des Meisters: „Schein und Sein", „Zu guter Letzt" und „Kritik des Herzens" ebenso noch als klassisch humorvolle Dichtung fortleben, wie seine geistvoll philosophierende Prosa „Eduards Träume" und auch „Der Schmetterling". Uebrigens brach Busch als Techniker doch bald aus, um nach Düsseldorf an die Maler-Akademie zu gehen. Dies war 1851. Schon vorher verraten die ulkigen Schilderungen der 48er hannöverschen Unruhen, einer recht partikularistisch aufgezogenen „Revolution", die er in der autobiographischen Skizze „Von mir über mich" niederlegte, die Klaue des Löwen. 1852 und 1853 nehmen ihn in Antwerpen die Rubens, Brouwer, Teniers und Franz Hals mächtig gefangen und das Studium dieser ihm wesensverwandten Meister wurde bestimmend für seinen ganzen malerischen Stil. Was wir in Museen von Busch an Oelbildern haben, erinnert an ihre Formgebung und Töne. Daß seine ganz persönliche Begabung auf anderem Gebiete lag, erschloß sich ihm erst, als er im Herbste 1854 auf die Münchner Akademie unter Kaulbach übersiedelte. Für den Kopiersaal von vornherein verloren, reizt ihn nur die Natur, die er durch das Glas seiner humorvollen Veranlagung dann karikaturistisch sieht. Er skizziert fortgesetzt und aller Orten und beginnt heimlich Verslein zu schmieden, in denen alles bildhaft gestaltet ist. Die Einsicht, daß nicht im „großen Schinken", sondern in dieser Kleinkunst seine Zukunft liege, brachte er späterhin in dem Einleitungsgedicht zur „Kritik des Herzens" zum Ausdruck. Da heißt es: „Es wohnen die hohen Gedanken in einem hohen Haus. Ich klopfte, doch immer hieß es: die Herrschaft fuhr eben aus. Nun klopf ich ganz bescheiden bei kleineren Leuten an. Ein Stückel Brot, ein Groschen ernähren auch ihren Mann."

Kaspar Braun, sein Freund vom Künstlerverein „Jung München" her, entdeckt ihn und nutzt das originelle Talent für seine „Fliegenden Blätter" und die „Münchner Bilderbogen", wo vieles erst kam, das dann später in Buchform erschien. Nicht lange hält es den schon in jugendlichen Jahren einen Hang zur Einzelgängerei, zum Einsiedlertum verspürenden Künstler in der Stadt. Er zieht sich nach Wiedensahl zurück und schafft in wahrhafter Weltflucht nun Werk auf Werk. Fabelhaft ist hierbei die Akkuratesse, mit der Busch an jedem Verse feilt, unzählige Skizzen und Studien nach der Natur zur Vorstufe des farbigen Bildes oder der schwarz-weiß-Zeichnung macht. Man denke nur an die bekannten „Affenblätter", für „Fipps, den Affen" usw. Zum anderen Male der Beweis, daß zwei Drittel aller Genies Fleiß und unermüdliche Arbeitsleistung ist. Immer mehr prägt sich in Busch der Wille aus, ganz linear, fast nur im Kontur zu zeichnen; die damals ziemlich mangelhafte Reproduktionstechnik mochte ihn mit dazu veranlassen, die Originale stehen oft himmelhoch über den Drucken. Aeußerste Sparsamkeit der künstlerischen Mittel erzeugt durch die ungewöhnliche Ausdrucksfähigkeit des Striches so die bezwingende Wirkung. Und das gleiche ist der Fall bei seiner Wortkunst.

Trotz dieses Berufenseins vermochte sich Busch nur langsam durchzusetzen. Noch 1861 sandte ihm ein Dresdner Verleger das Manuskript von „Max und Moritz" als „ungeeignet und nicht dem Lesergeschmack entsprechend" zurück, ein Vorgang, der diejenigen nachdenklich machen sollte, die z. B. zeitentsprechende Jugendbücher, wie Kästners „Emil und die Detektive", oder sein „Anton und Pünktchen" ablehnen. Kaspar Braun hat den besseren Blick, bringt 1865 das klassische Lausbubenbuch heraus und macht damit Busch berühmt, ein großer Ansturm der Pädagogen vermehrte seine Popularität. In dieser Hinsicht hatte der Wiedensahler Meister überhaupt Glück, denn als sich bald darauf der Verleger Moritz Schauenburg in Lahr an das schon früher vorliegende Manuskript des „Heiligen Antonius von Padua" wagt und es auf der Ostermesse zu Leipzig 1870 herausbringt, erfolgt prompt eine Anklage wegen Religionsverletzung, begangen durch die Aufnahme des braven Schweins in den Himmel der Seligen. Doch Busch wurde nicht gehängt, nur das Schwein kam eine Zeitlang erst ins Fegefeuer, diese Satire wurde aber zum „großen Geschäft". Bevor dies ihren Schöpfer völlig unabhängig machte, schrieb er noch 1869, vorübergehend in Frankfurt bei seinem jüngeren Bruder wohnend, die göttliche „Fromme Helene". Dann übersiedelte der nun vielbegehrte Autor gänzlich nach Wiedensahl, später, 1898, ins Pfarrwitthaus seiner Schwester Fanny Nöldeke nach Mechtshausen am Harz, wo er bis zu seinem Tode verblieb, ein Einsiedlerkrebs und geschworener Junggesell, der aber dennoch ein warmes Herz für fraulichen Güte hatte und Kinder sehr liebte.

Ziele seines spöttischen Wortes und Stiftes waren und blieben: das Spießertum des Pfahlbürgers, pfäffische Heuchelei, das überhebliche Banausentum nützlos aller zehn Jahre neue „ewige" Wahrheiten findender und verwerfender Naturwissenschaftler, der Gottersatz gewisser Geister, die, um ein Wort des in dieser Hinsicht Busch nahestehenden Christian Morgenstern zu benutzen, „die Sonne auslöschen, um mit einer Laterne weiter zu wandeln". Gerade weil Busch zutiefst religiös war, wendete er sich gegen die Auswüchse im Wesen und Treiben der Kirchendiener. Niemals aber karikierte er Individuen, lebende Zeitgenossen, schon gar nicht mit einer verletzenden Spitze. Seine Bonhomie ließ dies nicht zu, er bleibt immer liebenswürdig, deutsch, ohne ätzende Schärfe. Ebenso, wie er keinen Eingriff in seine Kreise duldete, die er um sich zog — gleicherweise wie Goethe nach der italienischen Reise — mochte er auch nicht in solche anderer Personen eindringen. Die Persönlichkeit achtete er auch da, wo sie ihm nicht behagte. Gesinnung mußte einer haben, Charakter. Je älter der Künstler wird, desto geschliffener erscheint seine Wortkraft, so daß er schließlich das Bild fortläßt, in Erkenntnis der Tatsache, daß keine Zeichnung wiederzugeben vermag, was alles in einem „sitzenden" Worte schlummert. Immer mehr nähert sich der Meister seinem klar erschauten Ziele, „der hohen Kunst, den bittren Kern des Lebens zu erkennen und es doch freudig zu bejahen", eine Seelenkunst, die uns heutzutage nur schon zu sehr verloren ging!

Als echter Niedersachse unlöslich bodenverwurzelt, jeder Feierlichkeit abhold, vermochte er neben den Leiden der Aermsten den Großstadtrubel, insbesondere den lauten Berliner Luxus, nicht zu ertragen. Am 9. Jänner 1908, wo er zu Mechtshausen die letzte große Reise antrat, starb ein wahrhaft deutscher Mensch, nicht nur ein spezialisierter Künstler, ein Denker, der hinter die unbeträchtlichsten Dinge schaute, wodurch sich ihm der mächtige Zwiespalt zwischen großem Aufwande und geringer Wirkung auftat, eine betrübliche Entdeckung, die den Idealisten, der er von jeher war, zum ironischen Vermittler solcher Erkenntnis, zum produktiven Satiriker machte. Nachdem auch „die Reiselust nach den Grenzen des Unfaßbaren" in ihm nie erlahmte, hatte Wilhelm Busch alles zu Eigen, was den echten Dichter ausmacht, den Herrufer im Streite der Geister.

Aber nur zu oft werden solche Künstler zu Propheten in der Wüste. Sonst wäre uns vielleicht das jähe Erwachen aus einer Sinnlichkeit mit ihrem großen hallenden Wort erspart geblieben, wenn wir uns beizeiten zur schlichten Einfachheit, Geradlinigkeit und Klarheit der Künstlerethik eines Wilhelm Busch bekannt hätten. Gustav Herrmann.

Die Großeinkaufsgesellschaft der tschechischen Konsumvereine gibt soeben den Jahresbericht für 1931 heraus. Es geht daraus hervor, daß die tschechischen Genossenschaften ebenso wie die übrigen Genossenschaften den Stürmen der Wirtschaftskrise gegenüber sich als widerstandsfähiger erwiesen als die kapitalistischen Betriebe. Der Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft betrug 1931 rund 478 Millionen. Die Anteile der Mitglieder sind um 178.000 K gewachsen. Der Reingewinn betrug 1931 rund 318.000 K, der Reservefonds wurde um 121.000 K erhöht. Die Schulden an die Lieferanten sind um rund zehn Millionen gesunken, die Bankschulden um Kronen 1,680.000. Auch die Hypothekarschulden sind um 70.000 K zurückgegangen.

Als Mussolini erfuhr . . .

Die Nachricht von dem Tode des greisen Filippo Turati erreichte Mussolini in Rom in seiner prächtigen Staatswohnung. Turati, sein Kampfgenosse, als Mussolini noch diesseits der Barrikade stand, die den 'Trennungsstrich' zwischen dem allmächtigen Geldsack und seinen Opfern bildet, war in der Verbannung in Paris gestorben. Als armer Emigrant, von den Geheimspitzeln des mächtigen Ministerpräsidenten auf Schritt und Tritt beobachtet, daß er in Rom stets wisse, wer mit dem alten Rebellen verkehre. Nun kam das Telegramm, das den Tod des wehrlosen und doch so gefürchteten alten Mannes im Exil meldete.

Mussolini dachte an alte Zeiten. Eine leise, innere Stimme sagte:

Damals, als du noch an Turatis Seite für die Enterbten kämpftest, hattest du Freunde gehabt. Jetzt hast du nur Feinde, die ärgsten unter denen, die sich als deine Freunde ausgeben.

Wenn du damals in einer Arbeiterversammlung sprachst, flogen dir tausend Herzen zu. Jetzt, wenn du irgendwo sprechen mußt, klatschen dir nur die bezahlten Polizeispitzel und die Lumpen Beifall, die dafür das Land plündern dürfen.

Damals waren tausende Proletarier dein Schutzschild, heute kann dich nur ein riesiges Aufgebot von Polizei und Militär vor dem verratenen Proletariat schützen, und du mußt zittern, wenn ein ehrliches Gesicht in deiner Nähe auftaucht.

Was du mit Turati vor zehntausenden Zeugen als Ideal gepriesen hast, hast du tausendfach verraten und bespien. Tausendmal mehr als du wie Turati der Ausbeuterklasse vorgeworfen haben, hast du seither an der Arbeiterklasse verbrochen.

Matteotti haben deine neuen Freunde, die größten Schurken Italiens, ermordet. Weil du selbst seinen Schatten fürchten mußt, hast du seine Witwe und seine Kinder unter die Polizeiaufsicht gestellt, die deinen jetzigen Freunden gebühren würde.

Mit Turati hast du für die Menschwerdung des Lohnproletariats gekämpft — jetzt bist du das Ideal aller Ausbeuter geworden. Die politische Gleichberechtigung der Arbeiter hast du verlangt, als du noch an der Seite ehrlicher Menschen lebtest — dann hast du die Arbeiter Italiens und ganz Italien versklavt, wie es nur unter den Cäsaren und Päpsten rechtlos und geknechtet war.

Da Turati in der Verbannung gestorben ist, werden in Italien Millionen braver Menschen weinen und Trauer wird in der ganzen Welt sein. Wenn du stirbst, werden Millionen anständiger Menschen in Italien den Tag segnen und wird in der ganzen Welt eitel Lust und Freude sein.

Filippo Turati ist am Kreuz des Exils für die erhabene Idee der Menschheitserlösung durch den Sozialismus gestorben. Du aber bist Judas, der ihn verraten hat um ein gönnerisches Achselklopfen der Kapitalisten, um dreißig Silberlinge!

*

Als Judas diese Stimme hörte, weinte er bitterlich, kaufte für die dreißig Silberlinge einen Strick, ging hin und erhängte sich.

m. sch. in der Wiener „Arbeiterzeitung".

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Lage der Industriearbeiterschaft in der Slowakei.

Aus Preßburg wird uns geschrieben:

Die Slowakei, das gewesene Industriegebiet des alten Ungarns, ist durch die falsche Industriepolitik der Staatsverwaltung und selbstverständlich auch durch die Industrie-Rationalisierung schon so weit gekommen, daß sie fast gar keine Betriebe hat, die mit einem ständigen Arbeiterstand tätig sind. So beispielsweise die Holzbetriebe und Holzverarbeitungswerke, die vor dem Kriege tausenden und aber tausenden Leuten Arbeitsmöglichkeiten gaben, haben im Jahre 1931 laut amtlicher Statistik bloß 680 Leute ständig beschäftigt. — Der Zollkrieg mit Ungarn, den unstreitbar der slowakische (Dr. Hodža-) Flügel der Agrarier heraufbeschworen hat, hat unstreitbar vielen slowakischen Arbeitern in der Holzindustrie das Brot geraubt! Das ist der Patriotismus der slowakischen Agrarier, deren Führer im Senat, Dr. Stodola, der übrigens alle bedeutendsten Verwaltungsstellen in den slowakischen Banken und Industrieunternehmungen inne hat, mit den slowakischen Juden gemeinsame Wirtschaftspolitik macht!

Sehr traurige Verhältnisse finden wir außerdem in der Metallindustrie, ferner in den Textil-, Papier- und Zellulosefabriken und nicht zuletzt in der Bauindustrie.

Das staatliche Eisenwerk in Podbrezová hat die Folgen der Rationalisierung den dort beschäftigten Arbeitern sichtlich zu spüren gegeben. Die Anzahl der dort beschäftigten Personen ging ungefähr um 40 Prozent zurück.

Die elektrische Industrie, die in der Slowakei durch die Siemens-Werke repräsentiert ist, hat laut eigenen Daten die durch die Rationalisierung erhöhte Erzeugungskapazität lediglich bis 40 Prozent ausnützen können. Dieser Betrieb hat im Laufe des ganzen Jahres Arbeiter und Beamten entlassen und so allen ganz klar vor Augen geführt, daß die schädlichen Folgen der heutigen kapitalistischen Rationalisierung sofort und unverzüglich auf das Konto der Arbeitnehmer verbucht werden. Dieser Betrieb hat bei den Entlassungen derartige unmenschliche Maßnahmen getroffen, daß selbst die dreisprachige bürgerliche Presse Preßburgs dagegen Protest erhob — ohne Erfolg. Sehr traurig ist aber, daß die Preßburger Ortsgruppe des Hitlerschen D. H. V. (Angestelltenverbandes) bei diesen Entlassungen eine bedeutende Rolle hatte.

Die Preßburger Kabelfabrik zur Erzeugung von Kabeln und Isolierrohren, hat die Erzeugungskapazität im Jahre 1931 im vollen Maße ausgenützt, welcher Umstand den dort beschäftigten Arbeitern in keiner Hinsicht zugute kam. Zu erwähnen sei, daß der Präsident der Preßburger Kabelfabrik, Bondy, die Funktion eines Präsidenten der slowakischen Industrie mit dem Sitze in Preßburg bekleidet.

Die Gesamtzahl der Industriebetriebe in der Slowakei betrug Ende 1931 142, gegen 138 des vorigen Jahres. Betriebsausschüsse bestanden aber nur in 77 Betrieben. Die Gesamtzahl der Betriebsausschußmandate auf dem Gebiete der Slowakei betrug Ende des Jahres 430, davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 246, auf die Hlinka-Verbände 111, auf die Kommunisten 38, Miškra-Partei 3, tschechischen Nationalsozialisten 16, magyarischen Christlichsozialen 3 und Parteilosen 13. Die Gesamtzahl der ständig beschäftigten Industriearbeiter betrug 33.715.

J. F.

Nur durch Zähneputzen nie wieder Zahnstein . . .

Hinter den Zähnen sitzt oft die Ursache schwerer Zahnleiden, der Zahnstein. Kalodont beseitigt den Zahnstein in wenigen Monaten, denn es enthält als einzige Zahncreme das gegen Zahnstein wirksame Sulforizinoleat nach Dr. Bräunlich. Es löst beim Putzen die organischen Substanzen, die den Zahnstein verkleben. So verliert er allmählich seinen Halt an den Zähnen, bröckelt ab und wird mit einer harten Zahnbürste fortgeräumt.

Bedenken Sie, wie wichtig regelmäßiger Gebrauch von Kalodont für die Erhaltung Ihrer Zähne ist.

KALODONT gegen Zahnstein

Vulkanausbrüche.

In Südamerika traten sämtliche Vulkane der Cordilleren, auch die längst erloschenen, auf einer Strecke von über 700 Kilometern Ausdehnung in Tätigkeit. Die südliche Hälfte Südamerikas, vor allem Chile und Argentinien, sind bedroht.

Solche schauerlichen Katastrophen sind in vulkanreichen Gegenden immer zu erwarten. Die meisten feuerspeienden Berge treten regelmäßig von Zeit zu Zeit in Tätigkeit und richten dann immer gewaltige Verheerungen an.

Vor drei Jahren, im Dezember 1929, erlebte die Bevölkerung Westjavas ähnliche schwere Tage. Der Ausbruch des berüchtigten Vulkans

Krakatau

in der Sundastraße verbreitete Unheil und Entsetzen. In kurzen vierundzwanzig Stunden wurden etwa 1900 Explosionen gezählt. Auch in der Meerestiefe gingen unheimliche Dinge vor sich. Rotglühende Kugeln trieben auf der Wasseroberfläche, Inseln tauchten auf und verschwanden. Einige tausend Menschen kamen um.

Der Vulkan Krakatau war aber auch in früheren Zeiten nicht untätig. So war der Vulkanausbruch vom 27. August 1883 eine Katastrophe, die 50.000 Tote kostete.

Ein 800.000 Quadratkilometer großes Gebiet wurde mit Asche bedeckt. Auch das Meer richtete riesigen Schaden an. Nicht weniger als 165 Dörfer wurden von der Sturmflut vernichtet. Ein großer Teil der Insel Krakatau flog in die Luft.

Eine furchtbare Naturkatastrophe suchte zu Beginn dieses Jahres Guatemala heim.

Aschenregen bis San Salvador.

Die beiden großen Vulkane Guatemalas, Fuego und Acatenago, traten mit wilder Gewalt in Tätigkeit. Die entfesselten Lavaströme zerstörten zahlreiche Ortschaften, darunter die Städte Santa Lucia und Antigua. Die den Kratern entströmende Asche wurde vom Winde mehrere hunderte Kilometer weit getrieben. Der Aschenregen bedeckte die ganze Gegend und war noch in der 200 Kilometer entfernten Stadt San Salvador so stark, daß sich die Aschenmassen fußhoch auf den Straßen lagerten. Die Katastrophe kostete mehrere hundert Tote und Verletzte.

Auch in Europa, ganz besonders in Italien, gibt es Vulkane, die noch immer in Tätigkeit sind. Die berüchtigsten sind der Vesuv und der Aetna. Der Vesuv verursachte zu Beginn unserer Zeitrechnung

die Vernichtung von Herculaneum.

Am 24. August des Jahres 1879 wurde durch den furchtbaren Ausbruch des Vesuvs Herculaneum mit den nahegelegenen Städten Pompeji und Stabä vollständig verschüttet. Nach dem Vulkanausbruch lagen alle drei Städte unter einer meterhohen Lava. Ein großer Teil der Bevölkerung war gerade im Zirkus gewesen, als die Eruption erfolgte. Die dort Anwesenden starben alle einen fürchterlichen Tod.

Zu den heftigsten der weiteren Ausbrüche dieses feuerspeienden Berges gehören die aus den Jahren 203, 473, 512, 685, 982, 1036 und 1139; hierauf folgte eine lange Pause bis 1631.

300 Tote.

Im April 1872 ereignete sich wieder eine besonders große Katastrophe. Bereits Monate hindurch war starker Lavaausbruch aus einer nordöstlichen Spalte im Aschenkegel erfolgt, am 24. April ergoß sich plötzlich ein helleuchtender Lavastrom von der Südseite des Kegels hinab; am 25. drängten starke Rauchwolken aus dem Krater; am 26. morgens brach plötzlich der Kegel in seiner ganzen Länge von der Spitze bis zum Atrio mit weitklaffender Spalte auf. Eine ungeheure Lavamasse quoll hervor. Zu gleicher Zeit schleuderten die beiden Gipfelkrater unter heftigen Detonationen zahllose glühende Massen bis zur Höhe von 1300 Metern empor. Etwa 300 Zuschauer kamen ums Leben. Die verhältnismäßig kleine Anzahl der Opfer erklärt sich aus dem Umstand, daß in der Nähe des Vesuvs nicht einmal Siedlungen vorhanden sind.

Auch der Aetna ist kein harmloser Berg. Schon vor Beginn unserer Zeitrechnung war er in Tätigkeit. Ueber die Katastrophen in der ersten Hälfte des Mittelalters sind wir nur mangelhaft unterrichtet. Erst seit dem 12. Jahrhundert haben wir wieder genauere Berichte. Einer der gewaltigsten Ausbrüche war der vom 4. Februar 1169, an welchem Tage zugleich ein Erdbeben Sizilien und Calabrien erschütterte; weitere namhafte Ausbrüche fanden in den Jahren 1329, 1536 und 1537 statt.

Die bedeutendste der Eruptionen erfolgte im Jahre 1669. Der Vulkan blieb damals

dreieinhalb Monate in Tätigkeit.

Nach vorausgegangenen Erderschütterungen bildete sich am 11. März ein Spalt mit mehreren Schlünden Oberhalb Nicolosi entstand ein riesiger Spalt, an dessen unterem Ende durch Aufschüttung von Schlacke und Asche die beiden Monti Rossi entstanden. Die herausströmenden Lavamassen wälzten sich in einer Breite von 4300 Metern über das Land; ein Arm richtete sich gegen Catania, drückte die Stadtmauer ein und floß durch den westlichen Stadtteil ins Meer. Ein Teil des Hafens wurde ausgefüllt, die Küste weit vorgeschoben. Erst im Juli, nach dreieinhalbmonatlicher Tätigkeit, erlosch der Vulkan. Ein Lavastrom von 15 Metern Stärke, 50 Quadratkilometer bedeckend und von einer Ausdehnung von 980 Millionen Kubikmetern war zurückgeblieben. Nicht weniger als zwölf Städte und Dörfer waren ganz oder teilweise durch die Lava, sechs andere durch die Erdbeben zerstört worden. Etwa 3000 Menschen fanden bei der Katastrophe den Tod.

Die größte Katastrophe, die der Ausbruch des Aetna verursachte, ereignete sich im Jahre 1906.

90.000 Tote.

Die Lava ergoß sich wiederum von oberhalb von Nicolosi, aus einer Höhe von 2100 Fuß über der Meeresspiegel. Die herausströmenden Lavamassen teilten sich in mehrere Arme und kamen wieder bis nach Catania. Sie zerstörten vierzig Ortschaften, 90.000 Menschenleben waren zu beklagen. Der Ausbruch dauerte volle neun Monate.

Carl Cramon.

Gerichtssaal

Ein Liebesdrama.

Versuchter Mord und mißglückter Selbstmord.

Prag, 14. April. Jan Janata, ein dreißigjähriger Bäckergehilfe, der zuletzt auf dem Feldmannschen Gute in Jinonice arbeitete, hatte im Vorjahr Beziehungen zu der Frau eines Schlossers, Helene Tomsky, angeknüpft. Auch Janata war verheiratet und in beiden Familien gab es infolge dieser außerehelichen Beziehungen Zank und Streit. Janata hatte seinerzeit vergeblich versucht, den Gatten seiner Geliebten zur Scheidung zu bewegen. Damals schon äußerte er Lebensüberdruß.

Am 12. Oktober v. J. kam es zur Katastrophe. Janata war bereits drei Tage vorher von der Arbeit ausgeblieben. Am kritischen Tage saß er den Vormittag über in einem Košiřer Wirtshaus, wo die Tomskys Bier zu holen pflegten. Durch ein Nachbarskind schickte er seiner Geliebten die Aufforderung zu einem Stelldichein und sie antwortete mit der Einladung, nachmittags um halb 3 Uhr zu ihr zu kommen. Er kam und war so angetrunken, daß er das Klosett verunreinigte. Dann ließ er das Grammophon laufen, benahm sich dabei aber so betrunken-täppisch, daß sie ihm den Kasten abnahm, weil sie fürchtete, er könnte ihn beschädigen.

Während seines Aufenthaltes auf dem Klosett lud er den mitgebrachten Revolver. Er überreichte seiner Geliebten einen Brief, der seinen Abschied von der Welt enthielt. Es hieß darin: „Es hat sich nun vollendet, was vollendet werden mußte." Sie redete ihm vernünftig zu. Als sie sich aber nun bückte, um Kohlen in den Ofen nachzulegen, zog er den Revolver aus der Tasche. Und indem er ausrief: „Wenn du mir nicht gehören sollst, soll er dich auch nicht haben!" schoß er zweimal von links seitwärts gegen den vorgebeugten Oberkörper der Frau. Dann jagte er sich selbst eine Kugel in die Schläfe und brach auf der Stelle zusammen.

Die Frau war aber nur verletzt. Sie rief um Hilfe. Ein in der Nachbarschaft wohnender Stabskapitän eilte herbei und mußte durchs Fenster einsteigen, weil die Wohnung verschlossen war und die Angeschossene nicht die Kraft hatte, aufzusperren. — Als der Mann der Verwundeten abends von der Arbeit heimkam, fand er seine Wohnung versperrt und an der Türklinke hängend eine amtliche Aufforderung, sich die Schlüssel zu seiner Wohnung beim Kommissariat abzuholen. Sowohl der Täter, als auch sein Opfer wurden gesund und aus der Sache wurde logischerweise eine Anklage wegen „nichtvollendeten Mordes".

Eine klare Sache. Der Täter war nicht betrunken, sondern nur angetrunken, Ergo verantwortlich. Der Angeklagte wurde einstimmig schuldig erkannt. Das Urteil lautete auf den niedrigstmöglichen Strafsatz von zwei Jahren schweren Kerkers.

Die Verhandlung leitete OGR. Hraba. rh.

Revision des Börösmarty-Mordprozesses

Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Klepetar.

Prag, 14. April. Einer der sensationellsten Prozesse der tschechoslowakischen Kriminalgeschichte ist der im Jahre 1928 verhandelte Mordprozeß Börösmarty. Wegen Ermordung dieser jungen amerikanischen Slowakin wurde damals nebst den bekannten zwei Spießgesellen auch der gewesene Doktor der Medizin Klepetař verurteilt, und zwar zu 15 Jahren schweren Kerkers. Sein Verteidiger Dr. Kostecka hat seither die Wiederaufnahme des Verfahrens für seinen Klienten unermüdlich betrieben. Heute hat nun der entscheidende Strafsenat diesem Ansuchen stattgegeben.

So wird dieser denkwürdige Mordprozeß neuerlich vor den Prager Geschworenen zur Verhandlung kommen. Freilich wird auch ein freisprechendes Urteil Klepetař nicht mehr zur Wiedererlangung seines akademischen Grades verhelfen, da er seinerzeit zugleich wegen des Verbrechens des Betruges verurteilt wurde und das Urteil in dieser Richtung nicht anzufechten ist. Es handelt sich also lediglich um die Reinigung des seinerzeit Verurteilten von der Bezichtigung des Mordes. rh.

Haben in Ihrer Gemeinde schon alle Funktionäre ihr kommunalpolitisches Blatt ?

In vielen Gemeinden wurde schon beschlossen, allen Gemeindefunktionären, ohne Unterschied der Partei, ein kommunalpolitisches Organ nach freier Wahl des betreffenden Funktionärs, auf Gemeindekosten zuzustellen.

Ein derartiger Beschluß ist zweifellos sehr wichtig, weil es eine Aufgabe der kommunalen Verwaltung ist, für die Schulung der tätigen Gemeindefunktionäre zu sorgen und ihnen wenigstens einen kleinen Teil der zu ihrer ständigen Information nötigen Behelfe zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Wenn in eurer Gemeinde ein derartiger Beschluß noch nicht besteht, so stellt einen diesbezüglichen Antrag!

Jedem sozialdemokrat. Gemeindefunktionär sein Blatt, **„Die Freie Gemeinde".**

PRAGER ZEITUNG.

Kunst und Wissen

„Die Stützen der Gesellschaft."

Es war merkwürdig zu beobachten, wie dieses einst revolutionäre Drama aus Ibsens Anfängen nun in manchem Punkte als abgeklärt zeitferne Dichtung erscheinen konnte, wie es aber an vielen Stellen eine Zeitnähe und Aktualität gewann, die man in ihm gar nicht mehr gesucht hätte. Wenn der alte Schiffsbaumeister Aune seine Anklage gegen die Maschinen spricht, sein Urteil über die Gesellschaft, die nicht reif sei, die Maschine zum Segen der Menschen zu verwerten, dann hatte man (obwohl Roman Reinhardt den Aune unter starker Betonung der kleinbürgerlichen Bindungen seines Charakters, also keineswegs falsch, aber historisch, zeitfern spielt) fast den Eindruck des zeitgemäßen Extempores. So weit Ibsen eben allgemeine Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft analysiert hat, ist er heute noch Zeitdichter; die Tendenzen haben sich nicht verändert und die Tragprobe, die eine Dichtung hier durchhielt, war eine Bestätigung der marxistischen Theorie.

Anders steht es um die Erscheinungen, die der Dichter dem Ueberbau der Gesellschaft nachgebildet hat. Das Milieu ändert sich und gerade in der Großstadt wirken heute die moralische Borniertheit und die geistige Enge der kleinen norwegischen Stadt, deren Gesellschaft auf so faulen Stützen ruht, wie fernste Vergangenheit. „Es war einmal..." möchte man, den leisen Zweifel dieser Märchenformel, ob es wirklich jemals gewesen sei, sogar mitnehmend, zum Motto des Dramas machen, das an einem Kaffeetisch anhebt und mit einem bürgerlichen Fackelzug endet. Es wirkt beinahe schon so beglückend unwirklich, so spaßhaft wie Kotzebue — wenn nicht die Aktualitäten wären, die uns sagen, daß es leider doch unsere Welt ist, in der solches möglich war. (Und natürlich noch möglich ist: nicht in Prag und Berlin und Wien, aber ohne allen Zweifel in Dutzenden unserer sudetendeutschen Provinzstädte!) Dieser Analyse zufolge müßte das Drama — kleinbürgerliches Milieustück von anno Toback mit forderbaren Kissen im Seidenüberzug der Polstermöbel, Kissen, durch die ein verflucht zeitgemäßes Unterfutter schaut — auseinanderfallen.

Nun war aber dieser Hendrik Ibsen nicht ein Literat, der konjunkturgemäß Zeitstücke schrieb und die Theater für den Hausgebrauch mit allem Nötigen versah. Er war ein Dichter. Das Menschliche an seinen Gestalten, das, was gedichtet und nicht nur photographiert ist, hält die auseinanderfallenden Teile des Dramas zusammen. Die Familie des Consuls Bernick ist nicht einfach eine Schablone für die bürgerliche Familie, wie Ibsen sie in Norwegen sah, sondern eine Gemeinschaft lebendiger Menschen, zwischen denen sich ein Drama abspielt. Das trat vom Ende des ersten Aktes an, getragen von dem Spiel vor allem Rösners und der Medelsky kräftig hervor und half dem Stück zu einem beachtlichen Erfolg.

Rösner entwickelt den Consul Bernick vom selbstbewußten Machthaber bis zum reuigen Bürger in vorbildlicher Konsequenz der Charaktergestaltung, ohne theatralisch grobe Uebergänge. Man glaubt ihn erbleichen zu sehen, wenn seine Welt zusammenbricht, aber man gewahrt keine Uebertreibung, wenn er das äußerste erfährt, die Flucht seines Kindes auf das todgeweihte Schiff. Dieser Leistung stand, wie erwähnt, die Lona Hessel der Medelsky würdig zur Seite. Herr Leitgeb hatte sich ein ungewöhnliches Kostüm zugelegt, das die Wirkung seines Spiels beeinträchtigte. Eine ausgezeichnete Studie war der Hilmar Tönnesen Ewald Schindlers, wirkungsvoll die Martha der Warnholtz, sehr sympathisch die Dina Dorf der Halovanicz. Auch der jungenhafte Pastorenadjunkt Beri Aldas überzeugte, obwohl die Auffassung der Rolle ungewöhnlich ist. Sonst möchte ich aus der langen Reihe durchwegs solider Leistungen noch hervorheben: den quicken Spießer Rummel Walter Taubs und die Frau Rummel der Reineke, die Frau Bernick der Ondra und den Aune Reinhardts. Es spielten noch mit: Veit, Ludwig, Stadler, die Damen Hornig, Lhotzky, Lorenz, Hisperger, Valenta. Die saubere Inszenierung der erfolgreichen Aufführung hat Herr Hölzlin besorgt. Hoffentlich läßt der nächste Ibsen nicht ein Lustrum auf sich warten!

E. F.

Arbeitervorstellung (Maifestvorstellung): „Die Walküre" am Samstag, den 30. April, um 7 Uhr abends, im Neuen Deutschen Theater. Karten täglich von 8 bis 2 und 4 bis 6 Uhr bei Optiker Deutsch, Graben, Palais Koruna.

Chorkonzert der Deutschen Lehrerbildungsanstalt. Seit es Professor Rudolf Kraus gelungen ist, die weiblichen und männlichen Zöglinge der Lehrerbildungsanstalt mit dem Smichower Deutschen Männergesangverein zu einem wohldisziplinierten und in den Stimmgruppen gut dotierten Vokalkörper zu vereinigen, hat das Prager deutsche Konzertleben eine wertvolle Bereicherung erfahren. Dies offenbarte neuerdings in überzeugender Weise das von diesem Chor am Mittwoch im leider ungeeigneten Radiosaale veranstaltete Chorkonzert. Denn es bot ein Musterprogramm der interessantesten und wertvollsten Chorvorträge in mustergültiger Aufführung: Madrigale aus dem 15. und 16. Jahrhundert von Fink, Senfe und H. L. Hasler für gemischten Chor, Frauenchöre von J. Brahms, die „Zigeunerlieder" desselben Komponisten für gemischten Chor, Sopran- und Tenorsolo und Klavier, Männerchöre von Peter Cornelius und Anton Bruckner und Gesänge für gemischten Chor von Robert Franz, Robert Schumann und Joh. Brahms. Mit liebevoller Sorgfalt und gründlichster Genauigkeit, sehr schön gegliedert in rhythmischer und dynamischer Hinsicht, klar in der figurativen Durchführung und sauber in der Intonation hatte Prof. Krauß die Chöre einstudiert und der zahlreich erschienenen Zuhörerschaft unterbreitet. In dem stattlichen Chore imponierten vor allem die klangsatten Altstimmen; die Soprane waren zwar auch klanglich ausgiebig, drückten aber, namentlich in den Madrigalen, stak auf die Stimmung. Bei den Männerstimmen ist den Tenören im Forte weichere Tongebung zu empfehlen. Hauptsolist war der ausgezeichnete heimische Konzertsänger und Bassist Prof. Dr. Hermann Ehm, der Lieder von Hugo Wolf auf Goethe-Texte sang. Kleinere Solis bestritten die Damen Meyer und Langin sowie der Tenor Marschall. Am Flügel saß als zuverlässiger Begleiter Kapellmeister Friedrich Rieger.

E. J.

Gastspiel der Wiener Operetten-Revue „Im schwarzen Rößl". Donnerstag, den 21. ds. und Freitag, den 22. ds. um 8 Uhr abends findet in der Kleinen Bühne ein zweimaliges Gastspiel der Wiener Operetten-Revue „Im schwarzen Rößl" von Karl Farkas und Edmund Eysler statt. Es ist eine Art Persiflage des „Weißen Rößls". Der Besetzung gehören an: Fritz Wiesenthal als Zahlkellner „Leopold", Ida Rußka als Rößlwirtin, Adolf Körner als Sigismund, Harry Stollberg als Miesecke, Gisa Wurzel als Brunhilde Miesecke und andere bekannte Darsteller. Tanzgirls, eigene Jazzkapelle unter Leitung von Ludo Philipp. Künstlerischer Leiter der Tournée ist Fred Hennig. Vorverkauf für Abonnenten morgen und Sonntag, ab Montag allgemeiner Vorverkauf.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Freitag, 7 Uhr: „Egmont" (148—IV). — Samstag, halb 8 Uhr: „Der Mikado" (150—II). — Sonntag, halb 11 Uhr: Deutscher Turnverein; halb 8 Uhr: „Madame Butterfly" (151—III). — Montag, halb 8 Uhr: „Die Stützen der Gesellschaft" (152—IV).

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: Geschlossen. — Samstag, 8 Uhr: „Roulette". — Sonntag, 3 Uhr: „Der Mann mit den grauen Schläfen"; halb 8 Uhr: „Roulette". — Montag, halb 8 Uhr: „Die ungeküßte Eva" (Bankbeamten I).

Der Film

„Mädchen für Südamerika gesucht." Die Mädchenhändlerfilme der gegenwärtigen Produktion sind alle ungefähr nach demselben Schema gedreht. Eingangs gibt es einige aufklärende Dialoge, daß noch in unserer Zeit so hoher Menschlichkeit Mädchen verkauft werden und daß beim Völkerbund darüber Statistiken geführt werden — was so ziemlich die einzige Maßnahme ist, die die kapitalistischen Staaten in dieser Hinsicht für geeignet zur Abwehr ansehen. Dann geht die alte Historie von dem armen Mädchen los, daß für die kranke Mutter sorgt und so zum leichten Gelderwerb gedrängt wird. Das gewohnte Zeitungsinserat wird gezeigt, dann die Dame, deren Tätigkeit im Anwerben des Menschenmaterials besteht, und so kommt diesmal eine Mädchengruppe nach Buenos-Aires. Zwischendeck, sechs Stunden Tagestraining im Tanz werden ebenso gezeigt, wie eine Gruppe von Etablissementsbesitzern, die sich dem einträglichen Geschäft widmen — nur daß sie in Wirklichkeit weniger naiv vorgehen dürften. Ein Journalist übernimmt hier die Rolle des deus ex machina fürs Happy-end — früher war das gewöhnlich der schmucke Polizeileutnant — und nach mancherlei Raufereien und Bordellszenen im Rahmen der europäischen Zensurmöglichkeiten kommt es erstens dazu, daß ein Girl aus dem Fenster springt und zweitens Dita Parlo den feschen Harry Frank erringt. Die Bösewichter sitzen hinter Schloß und Riegel und die Polizei hat wieder einmal ihre Pflicht getan. Was an diesen Filmen beachtlich ist, kann nur das sein, was nicht gesagt und gezeigt wird. So muß man wissen, daß die Polizei aller Länder beide und sämtliche Augen zudrückt; man tut gegen das ehrbare Gewerbe weder in den europäischen Hafenstädten noch in den exotischen Ländern fast gar nichts, um den Händlern das Handwerk zu legen (ebenso wenig wie in Europa, wo das Zwangssystem der Animierdamen in den Bars ebenso blüht wie früher). Am wenigsten aber wehren sich die Behörden jenseits des Ozeans; so bleiben alle diese Filme weit von der Wahrheit und das ganze Problem ist nicht mehr als der Anlaß zu einem sentimentalen Film, in dem es mehr auf Spannung als auf Gesellschaftskritik ankommt. Zudem zeigt dieser Film nur wenig beachtliche Atelierbauten, so daß nicht einmal eine interessante Milieuschilderung geboten wird.

W. Sz.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Systematische Zermürbungstaktik verfolgt ein gefährlicher Uebeltäter, der im Mund sein Unwesen treibt — der Zahnstein. Langsam, aber sicher lockert er die Zähne, wenn er nicht rechtzeitig entfernt wird. Man wehrt sich am bequemsten gegen ihn durch Kalodont, die einzige Zahncreme mit dem neuen Zusatz von Sulforizinoleat nach Dr. Bräunlich gegen Zahnstein. Dieser Zusatz löst allmählich beim Putzen die organischen Substanzen, die den Zahnstein verkleben und zusammenhalten. So verliert er seinen Halt an den Zähnen, bröckelt ab, wird schließlich mit einer harten Zahnbürste fortgeräumt. In wenigen Monaten vom Zahnstein befreit! Ist Kalodont — so betrachtet — nicht auch die richtige Zahncreme für Sie? — — 1455

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. — S. J. II.

Montag, den 18. April, 20 Uhr, spricht

Univ. Prof. Gen. Max Adler (Wien):

„Der Weg zum Sozialismus".

Großer Uraniasaal, Eintrittskarten K 3 bis K 12.—. Vorverkauf bei Optiker Deutsch, im Gruppenheim (I., Bartolomejská 14) und bei den Funktionären.

Vereinsnachrichten

Ortsgruppe Prag. Sonntag, den 17. April, Endstation der Fünfer-Elektrischen in Nusle-Pankrác, um halb 8 Uhr; führt Winternitz. Sonntag, den 24. April, um 8.40 Uhr am Smichower Bahnhof nach Černošic; führt Fleischer.

Sport • Spiel • Körperpflege

Großer Erfolg in Belgien. In den letzten Jahren hatte der deutsche Arbeiter-Athleten-Bund mit den belgischen Arbeiter-Athleten wiederholt sportliche Beziehungen angeknüpft, die sich jetzt in erfreulichem Maße auszuwirken beginnen. Dem Fachausschuß für Schwerathletik der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale wird mitgeteilt, daß sich in Antwerpen zwölf Ringsportvereine vom bürgerlichen Verband losgesagt und dem belgischen Arbeitersport angeschlossen haben. Der Arbeiter-Athleten-Bund Deutschlands ist bereits dabei, eine Ringermannschaft aufzustellen, die gegen eine erstklassige belgische Mannschaft am 7. Mai in Antwerpen und am 8. Mai in Hoboken kämpft.

KINO-PROGRAMM
vom 15. April bis 21. April 1932.

Wran-Urania-Kino 376
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 45129
„Emil und die Detektive"
Der berühmte Lamprechtfilm. Gilt in dieser Saison als der beste Kunstfilm.

Wo verkehren wir?
Café „Continental", Prag, Graben

Gastwirtschaft 57
LIDOVÝ DŮM
(Gen. Wilhelm Opatrný)
Täglich Konzert. **PRAG II.,** Hybernská Nr. 7.

29

Gericht.

Roman von Stefan Pollatschek.

Es ist hier ein Brief von Ihnen an Ihren Herrn Vater, in dem es heißt: Es ist möglich, daß ich in kurzer Zeit viel Geld benötige, etwa zweitausend Dollar usw.; können Sie sich an diesen Brief erinnern?"

„Gewiß."

„War der Mord schon aufgedeckt, als Sie diesen Brief, der ohne Datum ist, schrieben?"

„Halten Sie ein!" rief plötzlich der Verteidiger. „Ueberlegen Sie, der Herr Staatsanwalt meint, ob der Mord damals schon aufgedeckt war, das können Sie ja nicht wissen! Nicht wahr?" Liebenswürdig lächelnd lehnte sich Schweiger zurück. Seine Absicht, Zeit zu gewinnen, war erreicht.

Der Angeklagte stand, nach links und rechts blickend, ohne zunächst das Dazwischenfragen seines Verteidigers zu verstehen. Er dachte, daß das wohl irgendein technischer Fachkniff sei, dann aber verbeugte er sich vor Schweiger und meinte:

„Ich danke dem Herrn Hofrat, aber ich kann ruhig antworten: Ja, es war mir aus den Zeitungen der Mord bekannt, als ich den Brief an meinen Vater schrieb."

„Und wozu benötigten Sie eine so große Summe?"

„Meine Reise sollte weit gehen."

„Immerhin. Die geforderte Summe ist eine beträchtliche, für viele von uns ein Vermögen — gewiß nicht für alle (der Staatsanwalt konnte nicht umhin, eine entschuldigende Geste zum Verteidiger zu machen), und wie ich Sie kenne oder zu kennen glaube, hätten Sie doch von Ihrem Vater nur das Wenigste in Anspruch genommen. Wozu also wollten Sie das viele Geld?"

Wieder gab Hofrat Schweiger Zeichen seiner Unruhe.

„Ich habe von meinem Vater immer nur das Notwendigste angenommen. Was mein Vater besaß, gehörte der Partei, sein normaler Erwerb reichte nicht für alle. Ich hätte mich vor meinem Vater schämen müssen, größere Geldmittel von ihm zu verlangen. Ich tat dies auch nicht. Diesmal, mein Vater wird es sicher bestätigen, war es das erstemal, daß ich mich an ihn wandte."

„Aber warum verlangten Sie so viel Geld?"

„Als ich vom Heim abreiste, wollte ich zunächst an die Ostsee, um mit dem Dichter, in dessen Gegenwart ich dann verhaftet wurde, zu sprechen. Von dieser Unterredung wollte ich vieles abhängig machen. Vor allem hatte ich, um nur meinen Vater nicht angehen zu müssen, die Absicht, den Dichter, obwohl ich ihn nicht sehr genau kenne, um Geld zu bitten, da ich mir dachte, daß Dichter derartige Situationen eher verstehen können. Es fehlte mir dann der Mut, den Dichter um Geld zu bitten, so daß ich meinen Vater doch hätte ersuchen müssen, mir das Geld zu senden. Die relativ hohe Summe benötigte ich, weil meine Absicht war, nach Indien zu reisen. Ich hätte also außer den Reisespesen auch noch Geld bedurft, um einige Monate leben zu können, bis ich Einkünfte für mich gefunden hätte."

„Immerhin ist der Betrag ein reichlicher", meinte der Staatsanwalt, „aber mir fällt da noch ein Teil Ihrer Aussage ein. Sie äußerten früher auf eine Frage des Herrn Vorsitzenden, Sie wollten deshalb bei der Polizei keine Angaben machen, weil Sie sich in Ihren Reiseplänen nicht stören lassen wollten und weil bereits alles vorbereitet gewesen sei, Pässe und Geld in Ordnung waren. Und da sagen Sie, daß Sie das Geld erst erbitten mußten, entweder von dem Dichter oder von Ihrem Vater. Wie reimt sich das zusammen?"

„Ich meinte vorher nur, daß ich das Geld für die Reise bis zum Dichter bereit hatte."

„Wieviel Geld war das?"

„Können Sie sich denn daran noch genau erinnern?" kam messerscharf der Verteidiger zu Hilfe.

„Vielleicht hat der Herr Vorsitzende die Güte, zu konstatieren, daß jetzt ich das Fragerecht habe", meinte der Staatsanwalt.

„Es waren etwa fünfhundert Mark."

„Also mit fünfhundert Mark wollten Sie die Flucht in die unbekannten Fernen antreten?"

„Jetzt sind Sie wieder dem Herrn Staatsanwalt zu bescheiden, früher fand er den Betrag wieder zu unbescheiden . . . Ich bitte, Herr Staatsanwalt, das war nur so nebenbei."

„Ich möchte jetzt noch über einen peinlichen Punkt sprechen", sagte Dr. Hormayer und spielte mit seinem Bleistift. „Ich möchte auf die in meiner Anklageschrift kurz angedeutete Vermutung über die Ursachen oder sagen wir die mögliche Ursache der Tat eingehen und stelle daher den Antrag auf Räumung des Saales."

Der Verteidiger widersprach und der Beschluß wurde einstweilen abgelehnt.

„Ich möchte Sie fragen, Herr Angeklagter, ob Ihre sexuellen Beziehungen durchaus normale sind?"

„Und ich muß meinen Klienten darauf aufmerksam machen", schrie förmlich Hofrat Schweiger, „daß ihm bei Beantwortung dieser Frage unter Umständen eine strafgerichtliche Verfolgung drohen kann."

„Dem Angeklagten bleibt es überlassen", meinte der Vorsitzende in seiner ruhigen Art, „ob er die Frage beantworten will oder nicht. Ich glaube jedoch, daß die Frage von dem Herrn Staatsanwalt nicht gestellt wurde, um den Angeklagten neuerlich mit dem Strafgesetz in Kollision zu bringen, und glaube, daß er die Frage beantworten kann, ohne in dieser Hinsicht Gefahr zu laufen."

Dozent Bürger war aufgesprungen und stand völlig blaß da. Sein Gesicht schien, als sei kein Blutstropfen mehr in ihm.

„Muß ich die Frage beantworten?"

„Sie müssen natürlich gar keine Frage beantworten. Aber es ist in Ihrem Interesse, wenn Sie antworten", belehrte ihn der Vorsitzende.

„Ich möchte antworten."

„Wünscht die Verteidigung Ausschluß der Oeffentlichkeit?"

Hofrat Schweiger war zu seinem Klienten getreten und flüsterte ihm einige Worte zu. Bürger schüttelte den Kopf:

„Nein. Es kommt auf eine Prostitution mehr oder weniger schon nicht mehr an. Man will mich ganz entblößen. Gut, ja, ich habe mitunter von der Normalität abweichende sexuelle Regungen, die mir zu unterdrücken nicht immer leicht wird. Ich verabscheue mich in solchen Perioden unendlich, bin aber [illegible] machtlos. Nach solchen Perioden kommen mitunter Jahre ganz normalen Empfindens. Meine behandelnden Aerzte sind Professor Uhl und Dr. Adler.

Herausgeber: Siegfried Taub. — Chefredakteur: Wilhelm Nießner. — Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag. — Druck: „Rota" A.-G. für Zeitungs- und Buchdruck, Prag. — Für den Druck verantwortlich: Otto Holik, Prag. — Die Zeitungsmarkenfrankatur wurde von der Post- u. Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billigst berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einsendung der Retourmarken.